

Lohnverhandlungen 2018 bei den KTU

Versuch einer Bilanz mit SEV-Vizepräsidentin Barbara Spalinger, ohne in die Details der über 60 Lohnabschlüsse des SEV zu gehen.

Seite 5

Den Anschlag verhindern

Die Initiative No Billag ist ein perfider Anschlag auf den Service public. Ein Nein verhindert die Abschaffung verlässlicher Informationen.

Dossier Seiten 9 – 11



LPV gegen Sopre

Die SBB hält an der untauglichen Software fest. Ein Ausstieg wäre sinnvoll.

Fokus Seite 20

GAV-Verhandlungen mit SBB / SBB Cargo

Kein Ausverkauf beim GAV!

Am 19. Januar haben SBB und Gewerkschaften ihre Forderungen zur Erneuerung des GAV SBB / SBB Cargo ausgetauscht. Die Verhandlungen werden so schwierig wie erwartet, denn die SBB-Spitze versteht unter «Weiterentwicklung des GAV» eine riesige Sparübung bei den Anstellungsbedingungen.

Die SBB-Führung will mehr Flexibilität, höhere Produktivität und tiefere Kosten. Der SEV und seine Partnergewerkschaften aber wollen Verbesserungen: bei der Lohnentwicklung, beim Gesundheitsschutz angesichts neuer, digitaler Arbeitsformen, bei der Arbeitszeit und bei der Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf. Der Leiter der Verhandlungsgemeinschaft der Gewerkschaften, SEV-Vizepräsident Manuel Avallone, bilanziert die Ausgangslage nach dem Kickoff.



Seiten 2 und 3 (Video auf Facebook)

Des einen Freud, des andern Leid: Die SBB-Führung will beim GAV sparen. (Preisangaben ohne Gewähr)

Nach dem Streik

Der Streik auf dem Langensee war ein gewichtiges Thema der gutbesuchten Schifffahrtstagung des Unterverbandes VPT. Die VPT-Tagungen bieten immer Gelegenheit zum Fachaustausch mit Kolleg/innen der gleichen Branche. Die Tagungen der Busfahrer/innen, der Bahnbranche und der Pensionierten stehen noch bevor.

Schifffahrtstagung Seite 13

Hinweis VPT-Tagungen Seite 16

Ausblick ins 2018 mit SEV-Präsident Giorgio Tuti

«Wir werden alle Kräfte mobilisieren»

■ Das Jahr 2018 bringt dem SEV viele Herausforderungen. Dazu gehört die Erneuerung des GAV SBB / SBB Cargo. Sie hat für SEV-Präsident Giorgio Tuti höchste Priorität, wie er im traditionellen Interview zum Jahresbeginn erklärt. «Wir werden alle Kräfte mobilisieren, um einen GAV mit einer gewissen Qualität zu verteidigen, wie wir ihn für die nächsten Jahre wollen.»

Ein zweiter Schwerpunkt ist die Digitalisierung: «Diese Veränderungen dürfen nicht gegen die Leute, sondern nur mit ihnen erfolgen», betont Tuti. «Deshalb braucht es Sicherheit der Arbeitsplätze und Schutz vor Entlassungen.» Wichtig ist und bleibt auch der gewerkschaftliche und politische Kampf gegen Liberalisierung, Dumping und Prekarisierung in der Schweiz und Europa.

Hat Giorgio Tuti weniger Zeit für Basisarbeit im SEV, seit er der Bahnsektion der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) vorsteht? «Ich bin in der Basis gut verankert und überzeugt, dass ich meine Arbeit nur mit den Leuten zusammen machen kann. Diese Arbeitsweise will ich nicht ändern.»

Interview Seiten 6 und 7

NEWS

Bewährungsstrafe für DB-Fahrdienstleiter

Ein 61-jähriger, langjähriger Fahrdienstleiter der Deutschen Bahn ist zu 11 Monaten Gefängnis auf Bewährung und zu 1100 Euro Busse verurteilt worden, weil er am 13. März 2017 einen Zug auf ein gesperrtes Gleis fahren liess, wo ein Baurupp arbeitete. Ein Arbeiter starb, die zwei anderen konnten wegspringen. Der geständige und seit dem Unglück dienstunfähige FdL hatte vergessen, an seinen Steuerungsgeräten ein Hinweisschild und eine hölzerne Sperrrichtung anzubringen. Der Untersuchungsbericht kritisierte den Mangel an Sorgfalt und Sicherheitsbewusstsein bei betriebswichtigen Gesprächen und Routinehandlungen als hohes Risiko.

Streik bei der SDA

Nachdem Ende 2017 die Verleger als Kunden der Nachrichtenagentur SDA eine Senkung der SDA-Tarife durchgesetzt haben, zwangen sie als Aktionäre die Direktion zu einem rigorosen Sparkurs: sofortiger Abbau von ca. 36 der 150 Vollzeitstellen mit ca. 20 Entlassungen, darunter 12 Über-60-Jährige, und Pensenreduktionen. Am 23. Januar streikten die 180 Angestellten 3 Stunden für einen besseren Sozialplan und ihren Einbezug in die Erarbeitung der fehlenden Strategie. Da die Direktion den Dialog verweigerte, begann am Dienstag ein längerer Streik.

Neuer GAV Swisscom

Während bei der SBB die GAV-Verhandlungen erst anlaufen, konnten sie bei der Swisscom schon abgeschlossen werden. Der neue GAV sieht das Recht auf 5 Weiterbildungstage pro Jahr vor, einen von 17 auf 18 Wochen verlängerten Mutterschafts- und von 10 auf 15 Tage verlängerten Vaterschaftsurlaub, zusätzliche Ferientage, eine Regelung des mobilen Arbeitens, das «Recht auf Unerreichbarkeit» ausserhalb der Arbeitszeit und eine Regelung zum Schutz der Privatsphäre. Unternehmen, Gewerkschaft und Personalverband äusseren sich befriedigt.

GAV SBB / SBB Cargo

«Die SBB will eine riesige Sparübung»

Am 19. Januar fand der Kickoff zu den GAV-Verhandlungen bei der SBB statt, wo beide Seiten ihre Forderungen vorstellten. Wie sieht nach diesem Treffen der Leiter der Verhandlungsgemeinschaft der Gewerkschaften (VG), SEV-Vizepräsident Manuel Avallone, die Ausgangslage für den Start der eigentlichen Verhandlungen am 2. Februar?

kontakt.sev: Welcher Wind blies der VG am Treffen entgegen? Was sind die Forderungen der SBB-Führung?

Manuel Avallone: Dass die SBB-Führung den Gesamtarbeitsvertrag angreifen würde, hatten wir erwartet. Sie tut das aber sehr gründlich und verweist dabei auf die Rahmenbedingungen: Sie betont, dass die SBB politisch, wirtschaftlich und technologisch



Manuel Avallone an einer Versammlung zum Sparprogramm Railfit 20/30 im November 2016.

vor grossen Herausforderungen stehe. Kurz gesagt spricht die SBB-Führung von der «Weiterentwicklung des GAV für die Unternehmung» und meint damit eine riesige Sparübung. Ganz im Sinn und Geist von Railfit 20/30. Dabei vergisst sie aber oder wischt

unter den Tisch, dass sie für einige Probleme selber mitverantwortlich ist. Man denke insbesondere an die Software Sopre für die Einsatzplanung des Lokpersonals, an die Baustelle bei der Fernverkehrskonzession oder an die Situation bei der SBB Cargo AG.

Du willst offenbar nicht detaillierter auf die Forderungen der SBB-Führung eingehen. Warum?

An das erste Treffen kamen beide Seiten mit ihren Forderungskatalogen. Darin müssen nun Prioritäten gesetzt werden. Ab dem 2. Februar

werden wir klarer sehen. Im Moment kann man sagen, dass die Forderungen der beiden Seiten weit auseinandergehen und dass die Angriffe der SBB sämtliche Themen betreffen, die im GAV geregelt sind. Weil die Prioritäten noch nicht klar sind, bringt es aber nichts, jetzt schon auf die Barrikaden zu steigen. Aber eines ist sicher: Falls die SBB diesen Kurs weiterfährt, läuft sie Gefahr, das Personal gegen sich aufzubringen.

In der Umfrage haben die Mitglieder auch gesagt, was sie sicher nicht wollen. Wo gibt es für den SEV Grenzen, die die SBB nicht überschreiten darf? Die Umfrage hat klar gezeigt, dass für unsere Mitglieder der Kündigungsschutz und die Lohngarantien sehr wichtig sind. Diese sind somit nicht verhandelbar. Es ist daran zu erinnern, dass die Lohngarantien die Bedingung dafür waren, dass wir 2011 das neue Lohnsystem Toco akzeptiert

haben. Wir haben unser Verhandlungsmandat von unseren Mitgliedern. Sie legen unsere Stossrichtung fest. Und sie werden an der GAV-Konferenz vom 21. Februar bereits Gelegenheit haben, anhand der Tendenzen bei den ersten Verhandlungsrunden ein Zeichen zu setzen.

Vivian Bologna/FI

NEWSLETTER
GAV SBB 2019

Der SEV verschickt nach jeder Verhandlungsrunde einen Newsletter. Falls du ihn auch willst, dann maile deine Mailadresse und deine Mitgliedsnummer an mutation@sev-online.ch oder scanne diesen QR-Code.



Schliessung von SBB-Vertriebsstellen

Railfit 20/30 lässt grüssen

Fünf SBB-Vertriebsstellen werden geschlossen. Was die SBB mit dem «veränderten Kundenbedürfnis» begründet, ist für den SEV ein weiterer Schritt zur Enthumanisierung des ÖV.



Jürg Hurni.

Am 15. Januar informierte die SBB das Personal über die Schliessung von fünf Verkaufsstellen per 1. Juli 2018. Betroffen sind die Standorte Basel Euroairport, Turgi, Zürich Tiefenbrunn, St-Maurice und Küsnacht am Rigi. Die gute Nachricht: Für alle direkt betroffenen Mitarbeitenden gibt es, dank dem GAV SBB, gute Anschlusslösungen. Die meisten von ihnen haben bereits jetzt per Vertrag einen anderen Arbeitsort, da es sich bei den meisten Standorten um Filialen handelt, die von anderen Standorten aus geleitet werden oder als Doppelfilialen organisiert sind. Für die meisten Betroffenen ändert sich demnach nicht viel.

Marktpräsenz ist zentral

Die schlechte Nachricht: Fünf weitere geschlossene Verkaufsstellen bedeuten weitere Geisterbahnhöfe. «Mit der Schliessung jeder einzelnen Filiale treibt die SBB die Enthumanisierung des öffentlichen Verkehrs voran», kritisiert Jürg Hurni, SEV-Gewerkschaftssekretär. «Die Marktpräsenz ist ein zentrales Element einer Unternehmung im öffentlichen Verkehr», erklärt er weiter. «Deshalb ist der SEV gegen die Schliessung von Verkaufsstellen.»

Eine Folge von Railfit 20/30

Hinter der Schliessung steckt nichts anderes als das laufende Sparprogramm namens Railfit 20/30. Ausserdem argu-

mentiert die SBB mit dem «Bedürfnis nach vermehrter Selbstbedienung» der Kundinnen und Kunden.

Doch genauso haben Kund/innen auch ein Bedürfnis nach Hilfe und Beratung, und vor allem nach Sicherheit. «Das subjektive Sicherheitsgefühl sinkt, wenn an den Bahnhöfen kein Personal mehr vor Ort ist», sagt Jürg Hurni dazu. Bereits in den Zügen ist immer weniger Personal unterwegs, und nun geht die Enthumanisierung an den Bahnhöfen weiter. Der SEV bedauert diese Entwicklung, begrüsst jedoch die zufriedenstellenden Anschlusslösungen für die betroffenen Mitarbeitenden.

Karin Taglang

Bild der Woche



87 Meter lang, 24 Meter breit und 18 Meter hoch ist die neue Werfthalle der BLS im Lachen bei Thun, die neu auch über ein Trockendock verfügt. Das Geld für die Werfthalle stammt vom Kanton und den Gemeinden, womit die wichtige Funktion der Schifffahrt für die Region bestätigt wird. Am 24. und 25. März ist die Bevölkerung an «Tagen der offenen Werft» zur Beisichtigung eingeladen.

EDITO

Stellen wir uns einmal vor, die Verhandlungen zum GAV SBB / SBB Cargo scheitern am 30. Juni 2018. Stellen wir uns vor, die beiden Seiten können sich nicht einigen und dem Unternehmen droht ab 1. Januar 2019 ein vertragsloser Zustand.

Und nun kehren wir wieder in die Realität dieses Jahresanfangs zurück. Die GAV-Verhandlungen haben begonnen, wir haben unsere Forderungen präsentiert. Jede/r Angestellte kann in den Spiegel schauen und sich sagen: «Ich bin vom Sparpro-

gramm betroffen, das meine Unternehmensleitung umsetzen will.»

Manuel Avallone, Vizepräsident SEV

Ihr Rezept für Kostensenkungen besteht darin, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und die Produktivität zu erhöhen.

Wenn du diese Situation, die eher an ein Sparprogramm als eine Weiterentwicklung des GAV erinnert, nüchtern betrachtest, hast du zwei Möglichkeiten: Still sein, im Pausenraum schimpfen und dabei hoffen, dass die SEV-Verhandlungsdelegation Verbesserungen erreicht oder den Abbau mildert. Oder du kannst einsehen, dass eine Verteidigung und Verbesserung des GAV nicht geht, wenn sich nicht jede und jeder für seine Arbeitsbedingungen einsetzt.

Ich bin für die zweite Möglichkeit. Warum? Einerseits hat sich die Haltung des Managements der SBB seit einigen Jahren verhärtet, was eine entsprechende Reaktion unsererseits verlangt. Von jeder, jedem und allen.

Aber auch, weil die Positionen gegenwärtig derart weit voneinander entfernt sind, dass wir ohne breite Mobilisierung unsere Forderungen nicht durchbringen werden. Morgen Freitag gehen die Verhandlungen weiter; wir werden euch nach jeder Verhandlungsrunde so schnell wie möglich auf dem Laufenden halten. Die GAV-Konferenz vom 21. Februar, wo sich deine Delegierten mit den Verhandlungen befassen, ist eine weitere wichtige Etappe.

Sprich bis dahin in deinem Umfeld vom GAV, nenn deinen Kolleg/innen, ob in der Gewerkschaft oder nicht, seine Vorteile. So können wir ihn am besten anpassen und damit verteidigen. Alle zusammen.

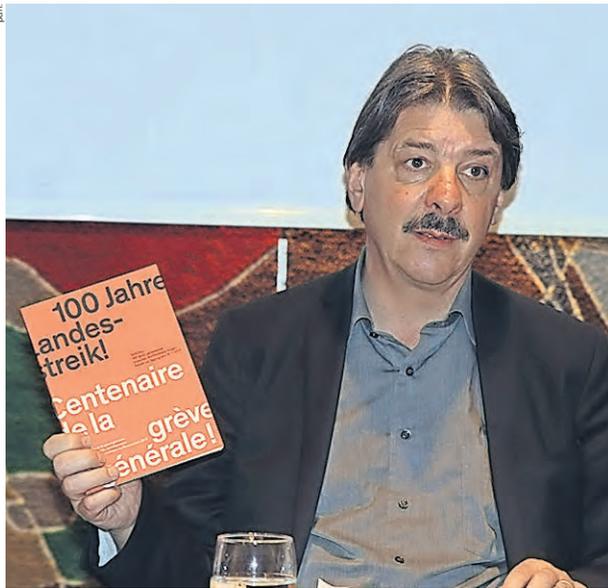
Der Aufschwung gehört den Arbeitnehmenden

Arbeitszeiten müssen sinken

Die Schweizer Wirtschaft ist endlich im Aufschwung angekommen. Die gute Wirtschaftsentwicklung muss genützt werden, um die seit Beginn der Finanzkrise gewachsenen Probleme der Arbeitnehmenden zu lösen.

Der Aufschwung muss den Arbeitnehmenden gehören. Dazu stellt der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB folgende Forderungen auf:

- Die Arbeitszeiten müssen wieder sinken. Seit 2013 ist die Arbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten um fast eine halbe Woche gestiegen. Das ist widersinnig angesichts der viel zu hohen Erwerbslosigkeit. Produktivitätsfortschritte müssen sowohl in Form von höheren Löhnen als auch in Form von weniger Arbeitszeit an die



SGB-Präsident Paul Rechsteiner stellte an der traditionellen Medienkonferenz des SGB im Januar die neue Publikation des SGB zum Jubiläum des Landesstreiks vor, die beim SGB bezogen werden kann.

Arbeitnehmenden weitergegeben werden.

- Mit der neuen Stellenmeldepflicht verbessern sich die

Chancen für Arbeitslose, rascher eine gute Stelle zu finden. Bund und Kantone müssen sie unterstützen.

Zwangswise Zuweisungen wären hingegen negativ für alle Beteiligten (Stellensuchende, RAV und Arbeitgeber).

- Bei den Pensionskassen sinkt das Rentenniveau. Obwohl die Löhne gestiegen und die Wirtschaft insgesamt gewachsen sind. Und obwohl wir immer mehr vom Lohn einzahlen. Für den SGB bleibt die Rentenhöhe entscheidend für die Beurteilung künftiger Reformen. Die PK-Rentenverluste müssen kompensiert werden und es braucht einen Ausgleich für die stark steigenden Gesundheitskosten. Dazu braucht es in der Altersvorsorge eine Stärkung der Umlagekomponente. Zur Stabilisierung der Altersvorsorge muss die SNB die Einnahmen aus den Negativzinsen an die 2. Säule ausschütten (über Sicherheitsfonds). Und die SNB darf dem AHV-Fonds keine Negativzinsen belasten. Erhöhun-

gen des Rentenalters lehnt der SGB ab.

- Die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen muss endlich effektiv bekämpft werden. Das Parlament muss die Massnahmen in der vom Bundesrat vorgeschlagenen Revision des Gleichstellungsgesetzes verschärfen. Freiwilligkeit löst das Problem nicht. Es braucht Verbindlichkeit und Durchsetzungskompetenzen. Der SGB wird sich mit Vehemenz dafür einsetzen, dass der vom Volk vor 37 Jahren in der Verfassung verankerte Grundsatz «gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» von Männern und Frauen endlich umgesetzt wird.

- Die Geldpolitik muss aktiv dafür sorgen, dass der Franken fair bewertet ist, d.h. bei einem Wechselkurs zwischen 1.25 bis 1.35 Franken/Euro. Das stärkt die Wirtschaft und die Beschäftigung. **SGB**

MEINE MEINUNG

Weil du ein Mädchen bist

Hin und wieder, wenn ich die Zugreise nicht zum Arbeiten verwenden muss, setzte ich mich gerne in den Familienwagen und sehe den Kindern beim Spielen zu. Irgendwie finde ich es erbaulich, den kleinen Menschen zuzuschauen, für die selbst eine Zugfahrt noch ein kleines Abenteuer ist, und deren grösste Sorge im Leben ist, dass das Nuschi abhanden kommt.

Meistens finde ich es erbaulich. Einmal aber, es ist schon eine Weile her, hat es mich sehr bedrückt. Mit mir im Abteil sass eine Mutter mit ihren zwei Kindern, beide adrett zu rechtgemacht. Der Bub turnte wie wild auf der Rutschbahn herum, das Mädchen, etwas

jünger, wollte es ihm gerade nachmachen, da ging die Mutter dazwischen und mahnte das Mädchen:

«Nicht, du zerknitterst dir nur das Kleid und ruinierst dir die Zöpfe.» Das Mädchen stand etwas verloren da, während es dem Bruder beim Austoben zusehen musste.

Ich habe mich erst vor kurzem wieder an diese Szene erinnert, als Frauen auf der ganzen Welt unter #metoo gegen ein Unrecht aufstanden, das so alt ist wie die Menschheit selbst – das Unrecht sexueller Gewalt. Vergleichsweise harmlos erscheint da die Szene, die ich im Zug beobachtete. Und doch ist sie Teil des Problems des noch immer grassierenden Sexismus, der

nun an die Oberfläche kommt. Noch immer werden Mädchen dazu erzogen zu gefallen, hübsch auszusehen, brav zu sein, lieb zu sein und im Zweifel den Mund zu halten. Doch diese anerzogene Koketterie wird vielen dieser Mädchen zum Käfig, sobald sie erwachsen sind. Es verunmöglicht ihnen als Frauen, sich zur Wehr zu setzen, wenn ihnen jemand Unrecht tut, Grenzen zu setzen, wenn ihnen jemand zu nahe kommt. Die Bezeichnung «das schöne Geschlecht» ist ein Maulkorb, der als Kompliment getarnt ist.



«Empörung kann nie mehr als die Initialzündung einer Veränderung sein.»
Anja Konzett

Die Metoo-Debatte ist wichtig, richtig und längst überfällig. Aber es reicht nicht, die einzelnen Untaten samt den Tätern anzuprangern, solange wir nicht die darunter liegenden Strukturen verändern, die sie überhaupt erst ermöglichen. Empörung kann nie mehr als die Initialzündung einer Veränderung sein, für alles andere ist sie zu kurzlebig. Wirkliche Veränderung aber ist ein langsamer, zäher Prozess. Vor dieser trockenen Biez dürfen wir jetzt nicht zurückschrecken, wenn wir wollen, dass unsere Kolleginnen, Freundinnen, Schwestern, Mütter,

Töchter – Mitmenschen – in einer Welt leben sollen, in der sie nicht betatscht, gedemütigt, sexualisiert, vergewaltigt oder im Beruf benachteiligt werden, nur weil sie mit dem «falschen» Geschlecht geboren wurden. Ein Anfang ist, unseren Töchtern nicht vorzuleben, dass für sie andere Regeln gelten als für ihre Brüder. Hätte sich die Szene im Familienwagen erst vor kurzem abgespielt, hätte ich nicht schweigend weiter gelesen. Ich hätte die Mutter, die sicher nichts Böses dabei dachte, ihre Tochter zurückzuhalten, in ein Gespräch verwickelt. Sanft aber nachdrücklich an die junge Frau erinnert, die ihre Tochter einmal sein wird, und an die Welt, die sie da draussen erwartet.

Lohnverhandlungen 2018 bei den KTU: Versuch einer Bilanz

GAV mit Lohnsystemen bewähren sich

Der SEV führt schweizweit mit über 60 konzessionierten Transportunternehmen (KTU) Lohnverhandlungen. 2018 sind substanzielle allgemeine Lohnerhöhungen die Ausnahme, doch die in den Lohnsystemen vorgesehenen individuellen Aufstiege werden zumeist gewährt. Hinzu kommen in vielen KTU Einmalprämien und diverse Verbesserungen, etwa bei Zulagen. Gewisse KTU leisten ausserordentliche Beiträge an die Pensionskasse.



Die wenigsten Lohnverhandlungen führen zu diesem Resultat.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) forderte für 2018 allgemein 1,5 bis 2 Prozent mehr Lohn mit folgender Begründung: Die Teuerung hat wegen der Abschwächung des Frankens erstmals seit fünf Jahren etwas zugelegt (auf 0,7% im Oktober). Die Krankenkassenprämien steigen 2018 weiter um durchschnittlich rund 4%. Die Beiträge an die Pensionskassen nehmen ebenfalls laufend zu, weil die Sparkapitalien zurzeit nur geringe Erträge abwerfen und weil die Lebenserwartung zunimmt. Zudem erleben wir gerade einen Konjunkturaufschwung: Davon muss das Personal auch etwas haben.

Keine allgemeine Lohnforderung für die KTU möglich

Der SEV kann die SGB-Lohnforderungen für die KTU nie einfach übernehmen, weil diese – anders als Privatfirmen in anderen Branchen – öffentliche Abgeltungen erhalten. Diese sind zudem je nach Finanzlage der 26 Kantone und des Bundes, die den Verkehr bestellen, unterschiedlich gross, aber überall knapp genug. Und die KTU an sich sind sehr verschieden: Neben grossen Bahnen wie BLS oder RhB und den grossen Nahverkehrsbetrieben

etwa in Genf oder Lausanne gibt es auch kleine und kleinsten Unternehmen. Ferner unterscheiden sich die Rahmenbedingungen je nach Branche – Personenverkehr auf der Schiene, private Güterbahnen, Nahverkehr, Schiff, Bergbahnen, Bahngastronomie, Logistik – wie auch nach Landesgegend. Darum würde eine allgemeine SEV-Lohnforderung für alle KTU wenig Sinn machen.

Verhandlungsmandate kommen von der Basis

Bei jeder KTU legen die SEV-Sektionsbetreuer/innen das Verhandlungsziel mit den Sektionen fest, und in aller Regel wird das Mandat von der Mitgliederversammlung verabschiedet. «Wenn die Teuerung tief ist, die KTU kein Geld hat, der Kanton extrem spart und seinen Beamten Lohnkürzungen verordnet, dann ist eine zweiprozentige Lohnforderung natürlich wenig realistisch», sagt SEV-Vizepräsidentin Barbara Spalinger. «Der SEV fordert auch nicht das Doppelte, um wenigstens die Hälfte davon zu bekommen, das ist ein blödes Spiel.»

Wenn eine KTU kein Geld hat, haben die Mitglieder ein gewisses Verständnis dafür, dass

allgemeine Lohnerhöhungen schwierig sind. Aber nicht Jahr für Jahr, denn die Krankenkassenprämien steigen ja weiter. «Auch müssen alle im Unternehmen Verzicht üben», betont Spalinger. «Es geht nicht, dass sich oben die Kader Boni gönnen und unten «keinerlei Möglichkeiten» sehen.»

Wenn das finanzielle Korsett keine allgemeine Lohnerhöhung zulässt, versucht der SEV wenigstens Einmalprämien zu kriegen, auch wenn diese nicht nachhaltig sind. Denn sie sind besser als nichts. Oder Verbesserungen bei Zulagen, Arbeitszeit, Ferien, Mutter- und Vaterschaftsurlaub usw. Solche kreative Lösungen waren auch diesmal wieder vielerorts möglich.

Pensionskassen und Lohn kaum mehr zu trennen

Bei mehreren KTU spielten dieses Jahr auch wieder Pensionskassenprobleme in die Lohnverhandlungen hinein. «Die Trennung der beiden Themen ist langsam künstlich», sagt Barbara Spalinger. «Viele Arbeitgeber versuchen für die Pensionskasse eine gute Lösung zu finden. Schlechte Lösungen bekämpfen wir selbstverständlich.»

Bei mehreren Unternehmen

(wie RhB, TPF, MOB oder SBB Historic) laufen mehrjährige Vereinbarungen, die ausserordentliche Beiträge des Unternehmens an die Kasse mit den Lohnmassnahmen für das Personal verknüpfen. Damit wissen beide Seiten längerfristig, was sie erwarten können und bezahlen müssen.

Wichtige Lohnsysteme

Auch die mit den KTU in den GAV vereinbarten Lohnsysteme sorgen für eine gewisse Konstanz bei der Lohnentwicklung, insbesondere beim individuellen Lohnaufstieg. Das ist für die Zufriedenheit der jüngeren Mitarbeitenden im Aufstieg wichtig. «Ein automatischer Lohnaufstieg hat den Vorteil, dass die Kosten gut planbar sind», erklärt Barbara Spalinger. Manche Unternehmen wollen den Lohnaufstieg aber lieber an die Leistungsbeurteilung knüpfen, auch wenn dies bei vielen Funktionen in der Produktion keinen Sinn macht. «Zum Beispiel bei Lokführern ist eine Unterscheidung von gut und exzellent kaum möglich», gibt Spalinger zu bedenken. «Es gibt Unternehmen, die Leistungen nach 30 Kriterien bewerten. Da frage ich mich schon, was solche Bürokratie soll. Es ist unbedingt

nötig, dass die Vorgesetzten mit ihren Mitarbeitenden mindestens einmal im Jahr ein Gespräch führen, doch sollte man dieses gescheiter nutzen.»

Für die Unternehmen ist die Verpflichtung, ein Lohnsystem über mehrere Jahre umzusetzen, auch ein Argument, mit dem sie sich gegen kurzfristige Sparübungen der Kantone beim Personalbudget wehren können.

Zudem schützen Lohnsysteme die Mitarbeitenden vor Lohnwillkür und insbesondere die Frauen vor geschlechtsbedingter Lohndiskriminierung. «Eine solche bleibt aber trotzdem möglich, indem Funktionen, wo vor allem Frauen arbeiten, wie etwa im Verkauf, schlechter bewertet werden als typische Männerberufe», nuanciert Barbara Spalinger. Andererseits seien in den letzten Jahren auch die Handwerkerberufe, wo vor allem Männer tätig sind, abgewertet worden, während die Manager und Informatiker zulegten. «Das beste Mittel gegen Lohnungerechtigkeiten wäre die volle Lohntransparenz: Einmal im Jahr sollten alle Löhne offengelegt werden», schlägt Barbara Spalinger vor.

Markus Fischer

Besser spät als nie: ZVV erhört SEV

Zu den wenigen Unternehmen, die 2018 eine allgemeine Lohnerhöhung gewähren, gehören jene im Zürcher Verkehrsverbund (ZVV): Dieser erhöht den Personalaufwand um ein Prozent und hat die KTU ausdrücklich dazu aufgerufen, diese Mittel vollumfänglich in Form von Lohnmassnahmen ans Personal weiterzugeben. «Darüber sind wir sehr froh», freut sich SEV-Gewerkschaftssekretärin Edith Graf-Litscher. «Das hat der SEV schon lange gefordert, denn bei diesen KTU hat es seit Jahren keine nennenswerten allgemeine Lohnerhöhungen mehr gegeben.»

Fi

Gespräch zum Jahresbeginn



«Meinen Job kann ich ohne euch nicht machen»

Die erste Nummer des Jahres bietet uns Gelegenheit, den Präsidenten des SEV über die Herausforderungen zu befragen, die auf die Gewerkschaft im Jahr 2018 zukommen. Giorgio Tuti lässt uns teilhaben an seinen Überlegungen zu den Fragen, die uns das ganze, überaus befrachtete Jahr beschäftigen werden.

■ **kontakt.sev: Ein Schwerpunkt des SEV im Jahr 2018 werden die Verhandlungen zum GAV SBB / SBB Cargo sein. Wie werden diese ablaufen?**

Giorgio Tuti: Wenn man sich die generelle Situation vor Augen führt, in der der Service public, die Arbeitsplätze und der Contrat social unter Druck sind, werden die Verhandlungen noch härter geführt werden als in der Vergangenheit. Der GAV regelt die Arbeitsbedingungen. Ich erwarte Angriffe auf den Kündigungsschutz und Forderungen nach mehr Flexibilisierung. Ende letzten Jahres habe ich dargelegt, dass diese Verhandlungen den ganzen SEV fordern werden und erste Priorität haben,

da unsere Vertragspolitik auf diesem GAV beruht.

■ **Der Schwerpunkt gehört also der SBB?**

Nein. Das Augenmerk gilt nicht der Unternehmung, sondern den Inhalten. Wenn wir in diesem GAV Rückschläge verzeichnen, hat das Auswirkungen bei den KTU und den anderen Transportunternehmen. Deshalb ist er für uns so wichtig.

■ **Für ein gutes Resultat wird es zweifellos eine starke Mobilisierung brauchen ...**

Völlig klar! Wer glaubt, dieser GAV werde am runden Tisch ohne begleitende Mobilisierung diskutiert, irrt sich. Wir werden alle Kräfte mobilisieren, um einen GAV mit einer gewissen Qualität zu verteidigen, wie wir ihn für die nächsten Jahre wollen. Wir haben gute Argumente und werden unsere Trümpfe spielen. Wir wollen den GAV nicht nur retten, sondern auch verbessern.

■ **Auf welchem Weg glaubst du die Zahl und Stärke der Mitglieder erhöhen zu können – auch dies ist ja ein Schwerpunkt 2018?**

Unsere Mitglieder sind im allgemeinen mit den Leistungen zufrieden, die wir bieten. Unsere Organisation ist stabil und arbeitet effizient. Das Niveau der Kollektivverträge ist in unserer Branche höher als

in andern. Dies muss bei den kommenden Verhandlungen wie bei der Werbung betont werden. 2018 müssen wir die Kollegen – allen voran die jun-

«Wir werden alle Kräfte mobilisieren, um einen GAV mit einer gewissen Qualität zu verteidigen, wie wir ihn für die nächsten Jahre wollen.»

gen und die Frauen – davon überzeugen, dass sich das Mitmachen im SEV lohnt.

■ **Nenne drei Argumente, mit denen man jemanden von einem Beitritt in den SEV überzeugen kann!**

Gute Arbeitsbedingungen und gute GAV fallen nicht einfach vom Himmel. Sie sind nur dank einem hohen Organisationsgrad möglich. Gemeinsam haben wir bei den Verhandlungen mehr Gewicht. Im übrigen bietet die Gewerkschaft nicht nur Leistungen, sondern auch Sicherheit. Gewerkschaftlich organisiert sein heisst, dass man den Schutz einer ganzen Organisation im Rücken hat. Und schliesslich bietet eine Gewerkschaft ihren Mitgliedern auch Weiterbildungsmöglichkeiten, um auch im Beruf weiterzukommen.

■ **Der technologische Wandel, den wir erleben, ist eine weitere grosse Herausforderung für den SEV. Wie kann man gewerkschaftlich darauf reagieren?**

Die Leitung der SBB spricht jeden Tag von Digitalisierung, Automatisierung und Umbau. Wir wollen uns der Entwicklung nicht verschliessen, aber

wir begleiten sie nur, wenn wir gewisse Garantien bekommen. Die Veränderungen dürfen nicht gegen die Leute durchgeführt werden, sondern nur mit ihnen. Deshalb braucht es Beschäftigungsgarantien: Sicherheit der Arbeitsplätze und Schutz vor Entlassungen.

■ **Warum versucht das BAV in der Schweiz die Liberalisierung im Verkehr voranzutreiben, statt den Service public zu verteidigen?**

Als 2014 das Bundesamt für Verkehr seine neue Vision für den Verkehr im Jahr 2030 publiziert, schlug ich Alarm. Damals wollte mir niemand zuhören. Heute merkt man, dass der Zug Richtung Liberalisierung noch stärker ist, als wir uns das damals vorgestellt haben. Man will die Branche so weit wie möglich dem freien Markt öffnen, indem man überall Konkurrenz einführt wie zwischen den Fernbussen und dem Zug. Dahinter steht pure Ideologie, vor allem die Überzeugung, dass Wettbe-

werb die Leistungen verbessert und die Kosten senkt.

■ **Ist dies denn nicht der Fall?**

Unsere Nachbarländer, die die Konkurrenz eingeführt haben, machen ganz andere Erfahrungen: In Deutschland sind beispielsweise die Preise mit dem Markteintritt von FlixBus in der ersten Phase tatsächlich gefallen. Nachdem die Konkurrenz ausgeschaltet war, hat das Unternehmen die Preise um 30% erhöht. Die Qualität ist aber nicht gestiegen. Am Schluss zahlen immer das Personal und die Fahrgäste die Zeche. Auch am Beispiel von Schweden zeigt sich das sehr deutlich.

■ **Wie können diese Ausschreibungen im Regionalverkehr verhindert werden, wenn diese Praxis sogar im Gesetz festgeschrieben ist?**

Es ist schwierig, trotzdem muss man die Umsetzung der BAV-Vision bekämpfen. Wir führen diesen Kampf auf politischer wie gewerkschaftlicher Ebene. Die Entwicklung der Vision eines Bundesamts kann nicht im Hinterzimmer geschehen ohne Rückendeckung durch das zuständige Departement. Wir müssen deshalb den Kampf jetzt führen und nicht hypothetische Entwicklungen abwarten.

■ **Seit mehr als fünfzehn Jahren sitzt du in den leiten-**



Tuti äussert sich zu den Jahresschwerpunkten des SEV: Verhandlung des GAV SBB / SBB Cargo, Werbung, Digitalisierung, Kampf gegen Liberalisierung und Prekarisierung.

den Gremien der Gewerkschaft. Wie schaffst du es, den Kontakt zur Basis und zur Realität «in der Fläche» zu bewahren?

Wenn du meine Agenda anschaut, merkst du rasch, dass ich zwar sehr wohl Gewerkschaftspräsident bin, aber mit guter Verankerung in der Basis. Die Hälfte meiner Arbeitszeit verbringe ich ausserhalb der Zentrale. Das heisst, dass ich nahe bei den Leuten bin an Versammlungen, bei Sektionsbesuchen oder Aktionen. Ich bin überzeugt, meine Arbeit nur mit den Leuten zusammen machen zu können. So sehe ich die gewerkschaftliche Arbeit. Und ich will dies auch nicht ändern.

■ **Du hast aber auch auf schweizerischer und europäischer Ebene viel Verantwortung übernommen ...**

Ich kann mich auf ein sehr gutes Team stützen, im Sekretariat wie in den Regionen, und

teile meine Aufgaben mit den Kolleg/innen der Gewerkschaftsleitung. Mit guter Organisation der eigenen Arbeit geht das recht gut. Ich habe nicht das Gefühl, dass mich die Aufgaben auffressen. Ich bin kein Pöstchenjäger. Alle diese Engagements folgen einer bestimmten Logik. Das Vizepräsidium des SGB macht auch im Zusammenhang mit dem SEV Sinn, desgleichen der Vorsitz der Eisenbahnsektion der ETF und des Sozialdialogs im Bahnsektor. Für mich steht immer der SEV im Zentrum, aber die Situation in der Schweiz hängt von den Entwicklungen in Europa ab.

■ **In diesem Jahr jährt sich der Generalstreik zum hundertsten Mal. Ist das nicht eine Gelegenheit für die Gewerkschaften, wieder den Schwung der Forderungen und des Zukunftsglaubens aufzunehmen?**

Die Gründung des SEV im Jahr 1919, in der Folge des Gene-

ralstreiks, geschah aus der Einsicht heraus, dass eine bessere Koordinierung und Organisation Not tut. Es genügt nicht, sich an die Ereignisse vergangener Zeiten zu erinnern, man muss diesen Hauch auch auf gewerkschaftlicher Ebene in die heutige

«Digitalisierung, Automatisierung und Umbau: Veränderungen dürfen nicht gegen die Leute durchgeführt werden, sondern nur mit ihnen.»

Zeit übersetzen. Und man muss sich wieder getrauen, Forderungen aufzustellen – etwa, was die Rentenfrage betrifft oder die Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau.

■ **Gibt es einen Film oder ein Buch, die für dich sehr prägend sind?**

Der Film «The Navigators» von Ken Loach, der 2002 herausgekommen ist, hat mich tief beeindruckt. Er zeigte die Folgen der Privatisierung von Bri-

tish Rail auf. Diesen Film könnte man im Rahmen der Hundertjahrfeier des SEV wieder zeigen, er ist leider immer noch aktuell.

■ **Benützt du soziale Medien? Ja, aber nicht «hyperaktiv».** Insbesondere benütze ich

Twitter – vor allem als Leser – und Facebook. Die sozialen Netzwerke sind nützlich, um mit unseren Mitgliedern in Kontakt zu bleiben und die Jungen nicht zu verpassen. Gegenwärtig wird die digitale Kommunikationsstrategie des SEV erarbeitet. Das soll mehr Reaktion und Interaktion mit der Basis erlauben. Es ergänzt und erweitert die Kommunikation, die sich insbesondere auf die Website und die Zeitung stützt. Yves Sancey/pan.

DUMPING

■ **Auf europäischer Ebene will der Sozialdialog, den du präsidierst, gegen Dumping vorgehen und für einen sichereren, sozialen Bahnverkehr sorgen. Wie?**

In meiner ersten Verhandlungssitzung haben wir uns auf einen Arbeitsplan für die nächsten zwei Jahre geeinigt – zum ersten Mal seit drei Jahren. Das ist ein Schritt vorwärts! Zusammen mit meinen europäischen Kollegen haben wir festgestellt, dass freier Markt und Wettbewerb zu einer Prekarisierung der Arbeit und weniger Sicherheit im Verkehr führen. Wir müssen der Qualität und der Sicherheit unser Augenmerk widmen und jede Form von Dumping bekämpfen. Dafür sammeln wir jetzt Beispiele, die wir veröffentlichen und verurteilen werden.

■ Fusion von WSB und BDWM: Verhandlungen für einen neuen gemeinsamen Firmenarbeitsvertrag gestartet

Am 24. November beschloss der Kanton Aargau als Hauptaktionär der BDWM und der Wynental- und Suhrentalbahn (WSB – bzw. der AAR bus+bahn) deren Fusion. Diese erfolgte auf Anfang 2018, wobei formell noch die Bestätigung der Aktionärsversammlungen aussteht. Um die Firmenarbeitsverträge zusammenzuführen, begannen Personal- und Arbeitgebervertreter/innen am 12. Januar am Hauptsitz des fusionierten Unternehmens in Aarau mit FAV-Verhandlungen.

«Knacknüsse sind die Zusammenführung der Lohnsysteme und der beruflichen Vorsorge», sagt SEV-Gewerkschaftssekretärin Edith Graf-Litscher. «Gemeinsames Ziel der Sozialpartner ist, dass es für niemanden eine Verschlechterung



gibt.» Die BDWM gehörte bisher der Beamtenversicherungskasse des Kantons Zürich (BVK) an, die WSB der Vorsorgestiftung Symova.

An der ersten Verhandlungsrunde nahmen teil:

Hinten von links: René Fasel, Leiter Betrieb; Stefan Bosshard, Leiter Finanzen; Christian Stöckli, Arbeitnehmervertreter (= AN)

Infrastruktur; Severin Rangosch, CEO; Edith Graf-Litscher, SEV; Urs

Grütter, AN Verwaltungspersonal; Gabi Thiel, Stv. Leiterin Personal; Raymond Porchet, AN Stich/Sicherheit; Daniel Giger, Leiter

Infrastruktur; Thomas Müller, AN Werkstatt. *Vorne von links:* Klaus

Renn, AN Verkauf; Pascal Eichenberger, Sektionspräsident VPT BDWM; Andreas Peer, Lokführer; Urs Berger, AN Verkauf; Catherine Spiegel, Leiterin Personal; Martin Tschanz, AN Infrastruktur. **Fi**

Leserbrief

SBB nimmt dem Personal das Selbstwertgefühl

Es tut mir . wenn ich sehe, was man mit dem Kondukteur getan hat. Ich erinnere mich noch gut an die Zeit, wo der Visiteur die Güter- und Personenzüge abschritt, um allfällige technische Mängel festzustellen. Der Kondukteur (das SBB-Management gibt ihm in Form von Geistesblitzen immer wieder eine neue Bezeichnung) hat die Bremsprobe der Güter- und Personenzüge vorgenommen, er hat in den Zügen für Ordnung und Sicherheit der Reisenden gesorgt, er war das Aushängeschild der SBB. Es wurde ihm auch die Abfertigung der Züge übertragen. Die Bahnkunden konnten stets ihre Anliegen beim Kondukteur oder Zugführer anbringen. Wie aus heiterem Himmel beschloss das SBB-Management, die Bezeichnung «Kondukteur/Zugführer» in «Zugbegleiter» abzuändern. Die SBB-Führung hat auch beschlossen, die Züge nur noch in reduziertem Masse zu begleiten, ebenso den «Visiteur» abzuschaffen. Eine wunderbare Massnahme, denn damit konnte man grosse finanzielle Einsparungen erzielen: Weil die Züge im technischen Bereich nicht mehr ausreichend gewartet wurden und dem Zugbegleiter viele Aufgaben entzogen worden sind, entstanden technische Störungen, deren Folgekosten sich in Millionen von Schweizer Franken bewegen. In den Zügen hielten unzählige

Vandalen Einzug, die die Reisenden belästigten und grosse Sachschäden verursachten. Weil dem so war, musste man plötzlich die Züge mit bewaffnetem Personal begleiten, das sicher ebenfalls sehr hohe Kosten verursacht. Als regelmässiger Bahnkunde stelle ich mit Freude fest, dass das gelegentlich auftretende Kontrollpersonal von den Reisenden mit Dankbarkeit wahrgenommen wird, denn es tritt sehr freundlich, sachbezogen und informationsfreudig auf.

In der Tagespresse erfuhr ich, dass Postbeamte, die aus Spargründen wegrationalisiert werden, sich neu für eine Poststelle bewerben können. Ich kann mir vorstellen, dass einige davon Kunden beim RAV werden.

Es gab in meinem Berufsleben nicht immer Sonnenschein, aber man wurde als Mensch geachtet und von den Vorgesetzten kam hin und wieder ein Dankeschön über die Lippen. Heute stelle ich fest, dass Berufstätige, die sich im Alter zwischen 40 und 50 Jahren bewegen, wie eine Wegwerfware behandelt werden. Drum rufe ich der Personalführung im öffentlichen Betrieb und in der Wirtschaft zu: Lassen Sie wieder das Zwischenmenschliche am Arbeitsplatz einfließen!

Erwin Gasser, Zürich,
SEV-Mitglied seit 1955

TRANSPORTS PUBLICS GENEVOIS

Grosse Spannungen bei den Genfer Verkehrsbetrieben

Die Einführung der Fahrpläne 2018 hat die Situation der Busführer/innen nicht verbessert. Besessen davon, «Optimierungen» durchzusetzen, um den erschreckend hohen Absentismus bei den TPG zu senken, zeigte sich die Direktion gegenüber dem Personal völlig taub: Bei den Dienstschichten und Ruhezeiten reizte sie den gesetzlichen Rahmen bis zum äussersten aus. Die Fahrzeiten sind nicht kürzer geworden, sondern dauern oft gegen fünf Stunden. Für die Springer gibt es statt mehr Regelmässigkeit weiterhin Yo-yo-Fahrpläne.

In der Verwaltung nimmt die Arbeitslast nicht ab, die angekündigten Abläufe zur Optimierung und Rationalisierung bleiben leere Versprechungen.

Die Direktion scheint auch auf die Rah-

menabmachung zu den Verhandlungen über die Anpassung des Personalstatus an die gesetzlichen Änderungen seit dessen Inkraftsetzung zurückkommen zu wollen. Diese Gespräche hatten die Gewerkschaften davon abhängig gemacht, dass im Gegenzug die Fahrer/innen ab dem dritten Dienstjahr die zehnte Lohnklasse erhalten. Nun will die Direktion bei der Anpassung des Status noch darüber verhandeln.

Anfang Februar organisiert der SEV Personalversammlungen und konsultiert dann die Basis zu möglichen Kampfmassnahmen. Angesichts der Missachtung der Gesundheit der Angestellten und der Sicherheit durch die Direktion wird die Ankündigung eines eintägigen Warnstreiks ernsthaft geprüft. **ysa/pan.**

MOVENDO

Als Bildungsinstitut der Verbände des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) bietet Movendo in der ganzen Schweiz Weiterbildungen für Mitglieder und Mitarbeitende der Gewerkschaften sowie weitere Interessierte an.

Für die Leitung von Movendo suchen wir per 1. September 2018 oder nach Vereinbarung **eine Institutsleiterin oder einen Institutsleiter (80%–100%).**

Passende Top-Sharing-Bewerbungen werden auch geprüft.

Weitere Angaben unter www.movendo.ch.

Wir freuen uns auf Ihre kompletten Bewerbungsunterlagen bis 9. Februar 2018 an: Movendo, Corinne Schärer, Präsidentin, Monbijoustrasse 61, 3007 Bern

Für weitere Auskünfte: 079 219 94 20

Der 13. SGB-Frauenkongress fordert Lohngleichheit und kürzere Arbeitszeiten

Löhne und Arbeitszeit aufwerten

Weniger arbeiten, dafür gibt's Arbeit für alle. Diese alte Forderung wurde am Kongress der SGB-Frauen vom 19. und 20. Januar in Bern wieder aktuell: Die Frauen fordern die 35-Stundenwoche und einmal mehr die Lohngleichheit.

Nach dem Arbeitstag trafen sich die Frauen auf dem Berner Helvetiaplatz. Regen, Wind und die kalten Temperaturen konnten die 240 Delegierten auf ihrem Weg zum Theaterplatz nicht aufhalten. Vor einer perfekten Kulisse erinnerten sie lautstark daran, dass die Lohngleichheit, die seit dem 14. Juni 1981 in der Verfassung verankert ist, endlich respektiert werden muss. Die Frauen forderten das Parlament beim Thema Lohngleichheit auf, der Ständeratskommission, die für die Revision des Gleichstellungsgesetzes (GIG) verantwortlich ist, gegenüber mutiger zu sein. Das Mass ist langsam aber sicher voll und im Vergleich zu Island ist die Schweiz noch weit entfernt. Island ist das erste Land weltweit, das die Arbeitgeber gesetzlich zur Lohngleichheit zwischen Mann und Frau verpflichtet. Ab Januar 2018 müssen private



Der Protest auf dem Theaterplatz ist in vollem Gange. Die Forderung lautet: Lohngleichheit jetzt!

sowie öffentliche Unternehmen mit mehr als 25 Angestellten anhand von verschiedenen Dokumenten beweisen, dass unter ihren Angestellten Lohngleichheit herrscht, ansonsten werden sie gebüsst. Die Schweizer Gesetzesrevision sieht weniger einschneidende, verbindliche Massnahmen vor – trotz des schüchternen Versuchs des Bundesrats, die Massnahmen gegen Diskriminierung zu verstärken.

Endlich Lohngleichheit!

Die Lohndiskriminierung belastet die Frauen. Mit einer Resolution, die einstimmig angenommen wurde, haben die Delegierten deshalb klar und deutlich gefordert: «Gebt uns unser Geld zurück!» Denn seit

Jahrzehnten verdienen die Frauen in diesem Land ungefähr einen Fünftel weniger im Vergleich zu den Männern. Ein Mitgrund dafür ist, dass sie sich noch immer um den grössten Teil der unbezahlten Arbeit kümmern. Ausserdem sind die «typischen» Frauenberufe unterbewertet, eine Glasdecke bremst die Karrieremöglichkeiten der Frauen und häufig hat die Arbeit von Frauen in den Augen der Arbeitgeber einen geringeren Wert. In ihrer Kongressresolution fordern die SGB-Delegierten deshalb Sanktionen gegen Unternehmen, «die ihre Löhne nicht korrekt analysieren und die Frauen in Bezug auf die Löhne diskriminieren». Auch wurde die Einbindung der Gewerk-

schaften bei der Umsetzung der Lohngleichheit beschlossen, und zwar auf Bundesebene in einer tripartiten Kommission und auf Unternehmensebene durch Lohnanalysen. Doch die Frauen wollen nicht nur den Wert ihrer Arbeit und somit die Löhne erhöhen, sondern auch den Wert ihrer Zeit. Dies wurde im Kongresspapier «Unsere Zeit ist mehr wert!» festgehalten. Um die bezahlte und die unbezahlte Arbeitszeit besser vereinbaren zu können und ausgeglichener zwischen Männern und Frauen zu verteilen, fordern die SGB-Frauen eine generelle Reduktion der Arbeitszeit. In Schweden hat man sich diesem Ziel bereits angenähert: Die schwedische Gewerkschafterin Elinor Ode-

berg hat den Delegierten ein entsprechendes Pilotprojekt präsentiert. Die langfristige Forderung der SGB-Frauen ist die 35-Stunden-Woche – ohne Leistungsabbau und Lohnkürzungen. Die Arbeitgeberschaft hingegen will lieber die 50-Stunden-Woche durchsetzen. Das Beispiel Schweden hat gezeigt, dass auch die Wirtschaft von einer Arbeitszeitreduktion profitiert, denn sie steigert die Arbeitsleistung der Angestellten. Weiter fordern die SGB-Delegierten besseren Arbeitnehmerschutz und Verbesserungen des geltenden Gesetzes. Nacht- und Sonntagsarbeit beispielsweise sollen eine Ausnahme bleiben und die Vorschriften bezüglich Zeitaufschreibung und Ruhezeiten müssen auch bei Heimarbeit beachtet werden. Die SGB-Frauen sagen Nein zur 24-Stunden-Gesellschaft, die unter anderem zur Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten führen würde. Im Hinblick auf die rasch voranschreitende Digitalisierung braucht es ausserdem klare Regeln, um die Ausbeutung der Angestellten und eine Präkarisierung der Arbeitsbedingungen zu vermeiden. Die Digitalisierung darf nicht auf dem Rücken der Menschen passieren und in keiner Form zur Umgehung von geltenden Gesetzen führen.

Françoise Gehring/kt

STOPP SEXISMUS!

Die Frauen haben die Nase voll von sexueller Belästigung und Sexismus am Arbeitsplatz. In zwei Resolutionen fordern die SGB-Delegierten eine absolute Null-Toleranz. Gemäss einer aktuellen Studie wurde jede dritte Frau schon mindestens einmal im Berufsleben sexuell belästigt. Mit dem Hashtag #MeToo haben in den letzten Monaten tausende von Frauen ihre Erfahrungen geteilt und somit gezeigt, wie erschreckend häufig solche Dinge passieren. Deshalb fordern die SGB-Frauen:

- die Verpflichtung der Arbeitgeber, Massnahmen zur Vorbeugung von sexueller Belästigung und Sexismus am Arbeitsplatz zu ergreifen,
- den Entwurf einer Verordnung, die besagt, dass sexuelle Belästigung und Sexismus nicht geduldet werden,
- und klare Vorgehensweisen in Fällen von sexueller Belästigung und Sexismus.

EIN BLICK IN DIE PFLEGE

Die Arbeit des Pflegepersonals ist hart und beschwerlich. Der Bund hat entschieden, die sogenannte 24-Stunden-Betreuung in Privathaushalten ab Mitte August 2018 durch die Kantone regulieren zu lassen.

Die kantonalen Normalarbeitsverträge sind kein geeignetes Mittel, um die Arbeitnehmenden in diesem Bereich ausreichend zu schützen, denn sie sind nicht verbindlich. Deshalb fordert der SGB-Frauenkongress, dass alle Betreuer/innen, die in Privathaushalten arbeiten und wohnen, ohne Ausnahmen dem Arbeitsgesetz unterstellt werden.

Die 24-Stunden-Betreuung durch eine einzige Person ist in der Regel unmöglich, illegal und eine extreme Gefährdung der Gesundheit. Wenn eine Betreuung rund um die Uhr nötig ist, muss diese durch ein Team abgedeckt werden, um die Ruhezeiten und die Vorschriften zum Gesundheitsschutz garantieren zu können.

NANI MORAS

Die leidenschaftliche Aktivistin und Feministin

Nani Moras

verabschiedete sich aus der SGB-Frauenkommission, wo sie als grosszügige, aber kämpferische Ko-Präsidentin sehr viel geleistet hat.

Sicher wird sie eine grosse Leere hinterlassen.

Wir danken dir von Herzen Nani, du wirst uns fehlen!



Gewerkschaftliches Plädoyer für ein Nein zu No Billag

«No Billag will schlicht die Leitplanken des Service-public-Medienangebots kappen.»

Peter Peyer, SEV-Regionalsekretär Chur



Peter Peyer

Unser Radio und Fernsehen zerschlagen?

Am 4. März 2018 stimmen wir über die Initiative No Billag ab. Dabei geht es nicht einfach um die Frage, ob wir künftig noch Radio- und Fernsehgebühren bezahlen. Es geht um eine Medienberichterstattung, der man trauen kann und die sich nicht einzig nach dem Profit ausrichtet.

Es geht um sehr viel, auch für die Arbeitnehmenden und ihre Interessenvertretungen, die Gewerkschaften.

Es ist ein trüber Dienstagmorgen, als Novartis am 25. Oktober 2011 die Bombe platzen lässt: 2000 Stellen will der Pharmamulti streichen, 320 davon im waadtländischen Prangins. Ohne Not. Der Unmut ist gross. Nicht nur bei den direkt Betroffenen. Auch Bundesrat, Kantonsregierung und -parlament reagieren, die Medien berichten. Eine von breiten Bevölkerungskreisen getragene Bewegung unterstützt den Kampf der Belegschaft und der Gewerkschaften. Mit Erfolg. Szenenwechsel. März 2017: 120 Angestellte von SRG und privaten Radio- und TV-Sendern diskutieren am Kongress ihrer Gewerkschaft SSM über No Billag. Die Stimmung ist angespannt. Denn die Radio- und Fernsehprofis wissen: Sollte die Initiative angenommen werden, stehen ihre Arbeitsplätze auf dem Spiel. 7000 direkt, 6500 bei Zulieferfirmen und freien Mitarbeitenden. Denn ohne Gebühren brechen ihren Arbeitgebern die Hälfte (Privatsender) oder Dreiviertel (SRG) ihrer Erträge weg. Da geht jede normale Firma kaputt. Die Gewerkschaftsdele-

gierten beschliessen, für ihre Arbeitsplätze zu kämpfen. Sie zapfen sogar die für Arbeitskämpfe vorgesehenen Reserven an.

Tausende Arbeitsplätze gefährdet

Doch während im Fall Novartis die Belegschaft schweizweit auf breites Verständnis stiess, kritisieren im Fall No Billag viele Medien jede Äusserung der Betroffenen als unangebrachte Parteinahme in einem Abstimmungskampf. Für uns Gewerkschafter/innen ist klar: Unsere Kolleginnen und Kollegen haben ein Recht, sich zu wehren. Und wir unterstützen sie.

Für ein breites Medienangebot

Aber No Billag würde nicht nur Tausende Arbeitsplätze vernichten. Die Initiative würde einen wichtigen Teil des Service Public zerschlagen. Sendungen, die der ganzen Gesellschaft zu Gute kommen und die der Markt niemals finanzieren kann. Radio und vor allem Fernsehen sind teuer, die Märkte in der Schweiz sehr klein. Nur mit Werbung lässt sich ein breites Informations-, Sport- und Unterhaltungsangebot für alle vier Sprachregionen schlicht nicht finanzieren. Ohne Service Public gäbe es in der Deutschschweiz höchstens

noch ein kommerzielles Rumpfprogramm. Und in der Romanie, dem Tessin und der rätoromanischen Schweiz wäre Sendeschluss.

Auftrag: Freie Meinungsbildung

Die Service-Public-Medien haben einen klaren Auftrag: Sie müssen zur freien Meinungsbildung beitragen und die verschiedenen Ansichten sachlich darstellen. Das ist entscheidend, auch wenn es nicht immer gelingt. Sonst würden die Parteien – von rechts bis links – und die grossen Verbände diese Medien nicht regelmässig der Einseitigkeit bezichtigen. Auch der SGB, wenn SRF unsere Demo zur Altersvorsorge mit 15000 Teilnehmenden schlicht ignoriert.



Die SRG macht Schweizer Filme möglich: Szene aus dem Krimi «Steinschlag» mit Sandra Utzinger und Mathias Gnädinger.

SRG: weder links noch rechts

Die SRG-Angestellten machen ihren Job – wie überall mal besser, mal schlechter. Aber man kann der SRG nicht unterstellen, dass sie links oder rechts steht. Deshalb werden auch 80% der Beschwerden von der Ombudsstelle abgewiesen, unabhängig vom Absender. Für uns Gewerkschaften ist klar: Ohne Radio- und Fernsehprogramme, die verpflichtet sind, alle Parteien und Verbände gleich zu behandeln, kann eine Demokratie nicht funktionieren. Dieser Service-Public-Auftrag, die Vielfalt der Meinungen in der Schweiz ausgewogen darzustellen, darf nicht – wie von der Initiative gefordert – aus der Verfassung gestrichen werden.

Freie Meinungsbildung in Gefahr

Genau diese politische Unabhängigkeit der SRG ist den Initianten ein Gräuel. Deshalb wollen sie Radio und Fernsehen zerschlagen und mundtot machen. Haben die ultraliberalen Initianten ihr Markt-Dogma in der Medienlandschaft erst durchgesetzt, können sie anschliessend mit Rumpf-Angeboten die öffentliche Meinung beeinflussen und damit erst noch verdienen.

Hohe Folgekosten

Den Preis bezahlen andere: Die freie Meinungsbildung, der Zusammenhalt der Schweiz werden leiden. Aber auch wir Konsument/innen ganz konkret finanziell. Denn mit dem Wegfall der Gebühren-Sender werden wir für Sport, Filme und andere Angebote teure Abonnemente lösen müssen. Und unter dem Strich viel mehr zahlen als die 365 Franken im Jahr, die wir nun für ein Vollprogramm mit verlässlichen News, Schweizer Sport, Unterhaltung und Kultur bezahlen. No Billag kommt uns alle teuer zu stehen. Deshalb sagen der SGB und seine Verbände klar Nein zu dieser extremen und gefährlichen Initiative.

Thomas Zimmermann,
Leiter Kommunikation SGB



Die SRG vermittelt Schweizer Politik: Blick in die Wandelhalle des Nationalrates.

Die Annahme von No Billag wäre ein harter Schlag für 13500 Medien- und Kulturschaffende und ihre Familien

Ein Ja zu No Billag hätte nicht nur verheerende staats-, demokratie-, sprach-, regional- und medienpolitische Folgen, es würde auch Medien- und Kulturschaffende existenziell bedrohen: 13500 Stellen und 1,8 Milliarden stehen auf dem Spiel. Massiv schlechtere Arbeitsbedingungen würden zudem die Qualität der Medien senken.

Ein Ja zur No-Billag-Initiative am 4. März wäre das Ende der SRG, wie wir sie heute kennen. Wenn überhaupt, könnte nur ein kleiner Teil der 6000 SRG-Mitarbeitenden ihre Stelle behalten. Ebenso betroffen wären die Angestellten der 34 privaten Lokalradios und Regionalfernsehsender, die aktuell jährlich 67,5 Millionen Franken Gebühren erhalten. Könnten die Privaten nicht innert kürzester Zeit neue Finanzierungsquellen erschliessen, wären weitere 900 Vollzeitstellen existenziell bedroht.

Aber auch die Kulturschaffenden kämen mit No Billag massiv unter die Räder. Allein der Filmbranche würden nicht nur die attraktiven Sendeplätze fehlen, sondern jährlich 27,5 Millionen Franken entgehen. Der «pacte de l'audiovisuel», der seit 1997 die Zusammenarbeit zwischen der SRG und der Schweizer Filmbranche regelt, würde hinfällig. Ohne diese Unterstützung würde es künftig keine Schweizer Filme wie «Mein Name ist Eugen» und «Die Herbstzeitlosen» oder TV-Eigenproduktionen wie «Wilder» geben.

Das Forschungsinstitut BAK Basel hat 2016 die Wirkung des gebührenfinanzierten Service public berechnet. Fazit: «Mit jedem Wertschöpfungsfranken, der direkt durch die Produktionstätigkeit des medialen Service public erwirtschaftet wird, entstehen nochmals 90 Rappen Wertschöpfung in an-

deren Unternehmen». Die gesamte Wertschöpfung beziffert die Studie auf 1,8 Milliarden Franken. So kommen bei den Arbeitsplätzen zu den knapp 7000 Stellen direkt bei SRG und Privaten noch einmal fast so viele dazu: Insgesamt 13500 Menschen arbeiten in vom gebührenfinanzierten Service public geschaffenen Stellen. Die meisten von ihnen müssten bei einem Ja zu No Billag neue Jobs suchen. Einige kämen wohl als Freischaffende unter, der grösste Teil müsste aber umsatzeln. Denn die audiovisuelle Industrie würde bei einer Annahme der Initiative massiv verkleinert und nur noch Wenigen ein Auskommen bieten können.

Ein Untergang der SRG und der privaten Anbieter mit Gebührenanteil bedroht auch die beiden letzten Deutschschweizer Gesamtarbeitsverträge im Medienbereich,

den SRG-GAV und den Branchenvertrag der Unikom (nicht-kommerzielle Radios). Der SRG-GAV definiert Berufsstandards auf anspruchsvollem Niveau, ihm sind rund 5000 Personen unterstellt. Was ein vertragsloser Zustand bedeutet, zeigt sich im Printbereich in der Deutschschweiz und im Tessin. Seit 2004 verschlechtern sich Arbeitsbedingungen, Löhne und Honorare von Journalist/innen und Fotograf/innen. Die Urheberrechte werden mit Füssen getreten oder ausgehebelt, Trennung von Verlag und Redaktion (innere Redaktionsfreiheit) wird zum Fremdwort. Geregelte Ausbildungsbedingungen für BerufseinsteigerInnen sind rare Angebote meist kleinerer Redaktionen. Die grossen Verlage hingegen stellen Praktikant/innen zu Hauf ein – ohne Ausbildungsverpflichtung, dafür mit Ausbeutungs-Garantie.

Gute Arbeitsbedingungen sind für die langfristige Qualitätssicherung der Medien und die Ausbildung des Nachwuchses von grosser Bedeutung, denn im Journalismus wird der Beruf meist «on the job» erlernt. Darum braucht es neben Lehrgängen gute Volontariats- und Stageplätze sowie qualifizierte Fachpersonen, die ihr Wissen dem Nachwuchs weitergeben können und wollen. Auch hier leistet die SRG vorbildliche Arbeit: Ihre sehr begehrten 12- bis 24-monatigen Stages bieten Berufseinsteiger/innen alles an Ausbildung, was zum Handwerk des Journalismus gehört. Ein Wegfallen der SRG-Normen würde die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen massiv verschlechtern, was sich eher früher als später auch in sinkender Qualität der journalistischen Inhalte zeigen würde.

Melanie Berner,
Fachsekretärin Medienpolitik SSM

No Billag: Garantierter Sendeschluss in der Peripherie

Angriff auf den Service public

Wir alle haben uns schon über die SBB geärgert. Doch würden wir deshalb die Bahn schlicht abschaffen wollen?

Genau das will die No-Billag-Initiative mit der SRG: das Aus für ein vielfältiges Radio- und Fernsehangebot. Und für die Randregionen und Sprachminderheiten schlicht schwarze Bildschirme, stumme Radios.

Keine rätoromanischen Sendungen mehr

«Darf man als Bündner für No Billag sein?», fragte Mathias Braendli, Redaktor der Bündner Online-Zeitung «GRheute», oder wäre «zurück auf Feld 1 vielleicht die bessere Option als ein staatlich dominiertes Mediensystem»? Meine Antwort: Natürlich darf man auch als Bündner/in für No Billag sein. Allerdings nicht, wenn man weiterhin rätoromanisches Radio hören und Fernse-

hen schauen will. Denn: nach einem allfälligen Ja zur No-Billag-Initiative wird es kein Feld 1 mehr geben.

Leitplanken zum Schutz der Minderheiten

Kern von No Billag ist nicht nur die Abschaffung der Gebührenfinanzierung von Radio- und TV-Angeboten. No Billag will schlicht die Leitplanken des Service-public-Medienangebots kappen. «Radio und Fernsehen tragen zur Bildung und kulturellen Entfaltung, zur freien Meinungsbildung und zur Unterhaltung bei. Sie berücksichtigen die Besonderheiten des Landes und die Bedürfnisse der Kantone. Sie stellen die Ereignisse sachgerecht dar und bringen die Vielfalt der Ansichten angemessen zum Ausdruck.» So steht es heute in Absatz 2 des Artikels 93 der Bundesverfassung. Werden diese Leitplanken gestrichen, schadet das nicht nur der Ausgewogenheit und Vielfalt der Medienlandschaft, sondern vor-

allem den Randregionen, insbesondere der rätoromanischen Schweiz, dem Tessin und der Romandie.

Im «freien Markt» nicht möglich

Für die Bündner Regierung ist deshalb klar: «Bei einer Annahme der No-Billag-Initiative wäre die Regionalberichterstattung innert kurzer Zeit in allen drei Sprachregionen Graubündens praktisch gänzlich zerschlagen. Gerade für Graubünden in seiner sprachlichen, kulturellen, regionalpolitischen aber auch wirtschaftlichen Vielfalt ist eine intakte Medienlandschaft von höchster Bedeutung – eine Medienlandschaft, welche die gemeinsamen Herausforderungen begleitet, reflektiert, einordnet und kommentiert. Die Behauptung, ein ähnliches Angebot (in Quantität und Qualität) liesse sich am Markt refinanzieren, ist in den Berg- und Landkantonen der Schweiz, vor allem im dreisprachigen Kanton Graubünden, ganz und gar

ausgeschlossen.» (Stellungnahme vom 7. November 2017)

Nicht nur SRG, auch Private gefährdet

Man mag sich über die SRG zeitweise aufregen wie über die SBB. Fakt ist aber, dass beide ein verbindendes, «Heimat»-bildendes Element der Schweiz sind. Von «Musikantenstadl» bis «Sternstunde Musik», von «Jukebox» bis «Nachtexpress», von «Schreckmümpfeli» bis «Echo der Zeit», von der Fussball-WM bis zum Spengler-Cup. Wie die SBB schafft auch die SRG in der ganzen Schweiz Arbeitsplätze, selbst wenn diese, rein ökonomisch gesehen, – etwa im Kanton Graubünden – nicht rentieren. No Billag gefährdet allein im Bündnerland 180 Arbeitsplätze bei den SRG-Sendern RTR, SRF und RSI. Beim privaten Radio und Fernsehen der Samedia-Gruppe von Verleger Hanspeter Lebrument wären weitere 60 Mitarbeitende betroffen.

Klar, nicht alle SRG-Beiträge sind jedermanns und aller Frauen Geschmack. Nur: mit No Billag stimmen wir nicht über Geschmack ab (und übrigens auch nicht über die Gebührenhöhe). Es geht einzig um das Ende des gebührenfinanzierten Radios und Fernsehens. Damit bliebe nicht nur die viersprachige SRG stumm und schwarz, das wäre auch der Tod der privaten Radio- und Fernsehprogramme mit ihrer starken lokalen Verwurzelung. Wer allerdings genügend Geld und (Markt-)Macht hat, könnte dann eine Konzession ersteigern, um Radio und Fernsehen nach eigenem Gusto zu betreiben. Das würde sich höchstens in der Deutschschweiz rechnen. Kommerz pur und Fox-Fake-News hiesse das Programm fürs Mittelland. In der (sprachlichen) Peripherie, vom Genfersee über das Tessin bis ins Engadin hiesse es schlicht: Mattscheibe und Sendeschluss.

Peter Peyer,

SEV Regionalsekretär Chur

Mediale Vielfalt ist jeden Rappen wert

In keinem europäischen Land sind die Gebühren für Radio und Fernsehen so teuer wie in der Schweiz. Das hat Gründe: Die SRG muss laut Verfassung Programme für alle Einwohnerinnen und Einwohner in allen vier Landessprachen bereitstellen. Diese Märkte sind zu klein, um die Programme vor allem über Werbung zu finanzieren. Deshalb braucht die Schweiz für ihren medialen Service public zwingend eine öffentliche Finanzierung und keine No-Billag-Initiative.

Information und Unterhaltung sind nicht gratis. Radio und vor allem Fernsehen sind in der Produktion teuer. Besonders Informationssendungen verursachen hohe Kosten. Sie sind sogar in grossen Märkten nur schwer über Werbung zu finanzieren. Beispielsweise ist das Nachtjournal beim kommerziellen deutschen Sender RTL ziemlich boulevardesk und äusserst beliebt

– und für RTL trotzdem ein Verlustgeschäft. Dass die Sendung nicht eingestellt wird, liegt wohl an den guten Quoten. Auch in den USA kämpfen die grossen Fernsehkanäle ABC, NBC, CBS mit zu hohen Kosten. Sie mussten alleamt ihre Korrespondentennetze zusammenstreichen.

Wie soll das Angebot also finanziert werden? Etwa doch über Werbung? 2016 strahlten die SRG-Sender Werbung für 361 Mio aus. Mit diesen Werbe-Erträgen deckt die SRG nur einen Viertel ihrer Ausgaben. Ausbauen lässt sich die Werbung nicht. Auch weil angesichts der kleinen Märkte diese Werbung zu wenig interessant ist. Und weil vom gesamten Werbekuchen immer mehr Geld zu Google, Facebook & Co. fliesst.

Als Lösung sehen die No-Billag-Initianten auch Bezahlangebote.

Obwohl allgemein bekannt ist, dass solche Pay-TV höchstens für Sport, Filme und Serien rentieren. Und obwohl immer weniger Leute bereit sind, eine Zeitung – geschweige denn ein Online-Zeitungsangebot – zu abonnieren.

Damit ist klar: Wer hierzulande erfolgreich Radio und Fernsehen mit einem auf die Schweiz ausgerichteten Informations- und Unterhaltungsprogramm anbieten will, braucht Gebühren oder eine andere öffentliche Finanzierung. Ohne geht es nicht. Bei einem Ja zu No Billag würde die Schweizer Radio und Fernseh-Landschaft zerschlagen. Nicht nur die SRG-Sender. Sondern auch 21 Lokalradios und 13 regionale Fernsehsender, die ebenfalls von den Billag-Gebühren abhängig sind. Für diese sachliche Feststellung braucht es keine höhere Wirtschaftsbildung. Es dürfte allen klar sein, dass bei der SRG

mit dem Wegfall von drei Vierteln des Ertrags an ein Überleben nicht zu denken ist. Bei den regionalen Fernsehsendern würde No Billag mehr als die Hälfte der Erträge vernichten.

Nicht einmal für ein Rumpfprogramm würde es in der Romandie, dem Tessin und in der rätoromanischen Schweiz reichen. Zu klein sind diese Märkte. Schon heute fliessen 57 % aller Gebührenerträge in diese Landesteile, obwohl deren Gebührenzahler nur 27,5 % beisteuern.

Bei der «No Billag»-Initiative geht es deshalb um viel mehr als um Gebühren. Bei einer Annahme der Vorlage dürfte der Bund weder Gebühren für Radio- und Fernsehstationen erheben noch solche finanziell unterstützen. Es wäre nicht nur das Ende der SRG in ihrer heutigen Form, dem Bund wä-

ren auch die Hände gebunden für jegliche Medienpolitik. Wer auch immer Konzessionen ersteigern könnte, müsste sich in der Programmgestaltung nicht um eine sachgemässe und vielfältige Berichterstattung bemühen. Er müsste nicht zur freien Meinungsbildung und kulturellen Entfaltung beitragen und müsste auch keine Rücksicht auf die Besonderheiten des Landes nehmen. Eine flächendeckende und sowohl finanziell als auch politisch unabhängige Berichterstattung wäre nicht mehr denkbar.

Der Einleitungssatz in diesem Artikel muss also korrigiert werden: In keinem europäischen Land ist die mediale Vielfalt und die Rücksicht auf Minderheiten so teuer wie in der Schweiz. Aber sie sind jeden Rappen wert.

Nina Fargahi

Chefredaktorin des Schweizer Medienmagazins *Edito* und freie Journalistin

Tagung der Branche Schifffahrt in Luzern

Geschlossene Reihen der Schiffsleute



Die «Piraten» vom Lago Maggiore in Luzern, in Begleitung von SEV-Sekretär Angelo Stroppini und Pietro Gianolli, der als Übersetzer amtierte.

Gutes Wetter, durchgezogene Arbeitsbedingungen – das ist die Kurzformel der Schweizer Schifffahrt im letzten Sommer.

Alle waren sie gekommen: Die Matrosen und Kapitäninnen vom Genfersee und vom Bodensee, vom Walen- und vom Zürichsee, von den drei Jura- und von den Berner Oberland. Die Schiffer vom Lago Maggiore waren über den Gotthard gekommen und trafen sich mit den gastgebenden Kolleg/innen vom Vierwaldstättersee. Zusammen mit den Profis vom SEV waren es 50 Leute, es fehlte nur eine Delegation vom Luganersee. Dicht geschlossene Reihen gab es aber nicht nur auf der «Weggis», wo die Versammlung stattfand, sondern im übertragenen Sinn auch unter den Gewerkschafter/innen, die den Austausch miteinander pflegten.

AZGV in der Vernehmlassung

SEV-Vizepräsidentin Barbara Spalinger orientierte über die Neuerungen beim AZG. Nachdem die Gesetzesrevision letztes Jahr von den politischen Instanzen beschlossen worden ist, geht es jetzt an die Anpassungen in der Verordnung, die gegenwärtig in der Vernehmlassung ist. Neu ist, dass für den

Zeitzuschlag nicht mehr zwischen auswärtigen und anderen Pausen unterschieden wird, künftig gibt es den Zuschlag bei jeder Pause ab der 61. Minute oder wenn in einer Schicht zwei oder mehr Pausen eingeteilt sind. Zwanzig Ruhesonntage sind garantiert, mindestens vier davon in der Sommersaison und ein volles Wochenende, also Samstag und Sonntag. Die ununterbrochene Arbeit darf maximal 5.5 Stunden dauern und die Schicht 15 Stunden, durchschnittlich aber nicht mehr als 12 Stunden. Pausen an Bord sind auf 60 Minuten begrenzt. All diese Vorschriften sind wie gesagt in der Vernehmlassung und werden wohl auf den Fahrplanwechsel Ende 2018 in Kraft gesetzt.

Barbara Spalinger ergriff auch die Gelegenheit, die Anwesenden zu einem Nein zu NoBillag aufzufordern.

Positiv: die Solidarität

VPT-Präsident Gilbert D'Alessandro ist ein treuer Gast an den Tagungen der Schifffahrtsbranche. In seinem Grusswort lobte er die Schiffer für den guten Ton, der in den Teams auf den Schiffen herrscht. Er erinnerte daran, dass es auf den Schiffen Zusammenarbeit braucht und leitete damit zum grossen Thema des letzten Sommers über, zum Streik auf dem Lago Maggiore. «Ein

Streik ist keine Sonntagsschule», das wissen wir. Ein Streik mag schnell beschlossen sein, aber die Auswirkungen auf die Angestellten sind happig: Finanzielle Sorgen, gesundheitliche Belastungen und Schlafprobleme nannte D'Alessandro als Beispiele. Am Streik auf dem Lago Maggiore, der von SEV-Sektionen aller Branchen aus der ganzen Schweiz unterstützt wurde, haben alle Angestellten teilgenommen. Gestreikt wurde mit Würde, alles hat gut funktioniert und lief demokratisch ab. Die Schiffsleute wurden von den SEV-Sekretär/innen des Tessins und der Zentrale unterstützt – es zahlte sich aus, dass der SEV Streikerfahrung hat, dieses ultimative Kampfmittel aber nur zurückhaltend und klug einsetzt. Selbstverständlich durfte ein Wort zur Mitgliederwerbung nicht fehlen: Der Trend im VPT ist gut, das Werben von Neumitgliedern bleibt aber wichtig und das Bemühen, dass Kolleg/innen im SEV bleiben, noch wichtiger.

Schwierige Verhandlungen

Die Stichworte für SEV-Sekretär Angelo Stroppini, den massgeblichen Streikführer im Tessin, waren gegeben. Er erinnerte daran, dass es in einer Gewerkschaft neben den Arbeitsbedingungen auch um Emotionen, um Gefühle geht. Er dankte für die

Solidarität der andern Schiffsleute. Auch die Bevölkerung und die Tourist/innen verstanden die Gründe für den Streik. Seit dessen Ende laufen die Verhandlungen, die erschwert werden, weil es nicht nur einen Ansprechpartner gibt, sondern neben der Unternehmung auch das BAV und den Kanton. Es ist eine herbe Enttäuschung, dass das neue Konsortium, das für die Schifffahrt auf dem Lago Maggiore zuständig ist, «aus technischen Gründen» noch nicht starten kann. Die Verhandlungen, die gegenwärtig laufen, finden ohne mediale Begleitung statt, um die Situation zu deblockieren. Gianluca Carini dankte als Delegierter der Streikenden seinen Kolleg/innen von den andern Seen. «Wir haben gestreikt, weil wir überzeugt waren, für eine gerechte Sache zu kämpfen», sagte er. Er wurde mit einer «standing ovation» geehrt.

«Kalter Krieg» im Osten

Von «extremen Spannungen» musste Felix Birchler berichten, der als SEV-Sekretär in St. Gallen auch für die Schifffahrtsunternehmen auf dem Bodensee und auf Untersee und Rhein zuständig ist. Mit letzterem stehe der SEV im «kalten Krieg». Ein Firmenarbeitsvertrag schützte das Personal weitgehend, aber der Geschäftsführer verweigerte das Gespräch und die Arbeitgeberseite musste vom SEV re-

gelrecht zu den Verhandlungen gezwungen werden, die nun beginnen.

429 Neueintritte

Die Mitgliederwerbung ist auch im VPT ein Dauerbrenner. René Schnegg, der neue Werbeverantwortliche des Unterverbandes, wartete mit interessanten Zahlen auf. Der VPT konnte seine Mitgliederzahl im letzten Jahr leicht steigern, dies dank einigen aktiven Sektionen. Fürs nächste Jahr setzte Schnegg das Ziel, dass jede Sektion mindestens drei neue Mitglieder gewinnt und dass die Austritte um zehn Prozent reduziert werden.

Löhne und Swissspass

Bei der traditionellen «Chropfleerete» ging es zuerst um die Löhne. Allgemeine oder individuelle Lohnerhöhungen oder Prämien fallen ganz unterschiedlich aus.

Die Einführung des Swissspass ist bei praktisch allen Schiffsbetrieben, bei denen er gültig ist, mit Schwierigkeiten verbunden gewesen. Von Funklöchern und technischen Problemen, die die Kontrolle des Plastikbillettes erschweren, mussten einige Schifffahrtsleute berichten. Immerhin gibt es auch Schifffahrtsunternehmen, die wegen des Mehraufwandes Kontrollunterstützung gewähren.

■ Unterverband LPV

Der Selbstschutz geht weiterhin vor

Vor gut einem Jahr hat der LPV sein «Papier Sicherheit» in die Fachdiskussion Sicherheit bei der SBB eingebracht. Er hat auf die Gesamtbelastung im Führerstand aufmerksam gemacht. Die kumulierten akustischen und optischen Informationen nehmen zu, verlangen eine sofortige Interpretation, oftmals eine Klärung der Plausibilität, eine richtige Reaktion und eine sichere Handlung darauf. Die Lokführenden stehen immer am Ende einer solchen Verkettung, sind diejenigen, die einen unzureichenden Zustand in Form einer Fehlhandlung sichtbar werden lassen, und die dafür geradestehen müssen. Wenn einem dann wie in Granges-Marnand noch das letzte Sicherheitsnetz weggespart wird, werden wir verurteilt; die SBB kann sich der Verantwortung ganz entziehen. Deshalb hat der LPV ein Gutachten über die Gesamtbelastung im Führerstand gefordert, das von der SBB mit Begründung eines bereits vorhandenen Gutachtens und mit Hinweis auf das neue Projekt «Gute Automatisierung im Führerstand» abgelehnt wurde. Wir sind skeptisch, dass dieses Projekt die gewünschte Entlastung bringt, und werden weiterhin darauf achten, dass Sicherheit nicht nur grossgeschrieben, sondern gelebt wird. Selbstschutz geht weiterhin vor.

Ein anderes grosses Thema war und ist

die Einführung von Sopre bei SBB Personenverkehr. Wie aus verschiedenen Quellen zu erfahren war, verlief das Ganze alles andere als optimal, schon eher katastrophal. Der LPV hat hier separat, in detaillierter Form informiert.

Auch die Thematik der Sprachprüfung ist immer noch ein heisses Eisen, weiterhin sind widersprüchliche Informationen im Umlauf, auch das definitiv zu prüfende Niveau ist im Lernprogramm noch nicht gänzlich umgesetzt.

Bei SBB Cargo International konnte nach langer Verhandlungszeit mit einer «neuen» Vereinbarung zur 50/50-Regelung eine für alle Beteiligten akzeptable Lösung gefunden werden. Detaillierte Informationen werden zu einem späteren Zeitpunkt folgen.

Bei der BLS fand eine erste Sitzung zu den Pausenregelungen statt. Neu sollen bei Cargotouren Kurzpausen auf Dienstfahrten von mindestens 40 Minuten Länge möglich sein. Es sollten neu auch bei P und G Pausenlängen zwischen 30 Minuten und 1 Stunde 15 Minuten planbar sein. Bei der Pausenlänge besteht noch eine Differenz zum Beschluss der Mitgliederversammlung vom September 2017.

Und bei der RhB erreicht die Strategie Lokpersonal langsam die Zielgerade, es muss aber noch Diverses konkretisiert werden.

Marcel Maurer

■ Unterverband RPV

Der Funk Lisa bleibt im Gespräch

Der Zentralausschuss traf sich zur ordentlichen Dezembersitzung. Der Leiter Produktion SBB Cargo, Jon Bisaz (seit Mai 2015) verlässt das Unternehmen. Sein Nachfolger (seit Anfang Dezember) ist Jürgen Mues. Ein Treffen mit der RCP-Leitung SBB Cargo ist geplant, thematisiert werden der Funk Lisa und die Jahreseinteilung.

Neue Berufsbilder P-OP-ZBS: Die neuen Arbeitsverträge wurden mehrheitlich unterschrieben und retourniert. Im neuen Arbeitsvertrag für neue Lokführer Kat. A Zugvorbereitung erfolgte eine Anpassung: Wenn der Lokführer die Prüfung Kat. A Zugvorbereitung nicht besteht, darf er nochmals zur Nachprüfung gehen und wird, wenn er diese auch nicht besteht, trotzdem bei P-OP-ZBS weiterbeschäftigt – der Arbeitsvertrag wird nicht aufgelöst.

Bei Cargo fand Anfang Dezember eine Testphase statt, betreffend die Automation (Digitalisierung). Eine Firma präsentierte ihre Entwicklung der Kameras auf den Rangierlokomotiven.

Die Einladungen und Termine der Sektionskonferenzen stehen fest. Eingeladen sind die Präsidenten der verschiedenen Sektionen. Besprochen werden die SEV-Ziele und SEV-Strategien, der Jahresschwerpunkt 2018, die Kommunikation SEV sowie Themen und Bereiche aus den Sektionen und es gibt Infos aus den Regionen und Kommissionen.

Der Betrieb mit dem Funk Lisa ist bei SBB Cargo seit 1. November 2017 eingestellt. Diese Massnahme führte beim Konzern und beim Projektteam Lisa zu Unmut. Das Treffen am 28. November zwischen der Konzernleitung SBB Cargo und der Projektleitung Lisa fand statt. Massnahmen aufgrund dieses Treffens sind aktuell nicht bekannt.

Zwischenstand Anmeldung Valida 2017 (in Klammern die Zahlen 2016): Erwartete Anmeldungen: 140 (200); Bisher eingegangene Anmeldungen: 136 (181); Nutzung / Potenzial: 97,1% (90,5%). Das BAV hat Domo Reisen auf den kommenden Fahrplanwechsel keine Fernbuskonzession erteilt. *Medienstelle UV RPV*

■ LPV Bern

Sopre: Einführung ist schiefgelaufen

An der Herbstversammlung in Bern thematisierte Präsident Alfred Bigler die Abstimmung über die Initiative zur Altersvorsorge 2020, die das Volk nur knapp abgelehnt hat. Weiter wurde kommuniziert, dass die Filiale Jura-Mittelland aufgehoben und das Depot Bern per 1. Januar 2018 in die Region Nordwestschweiz / Wallis verschoben wurde. Deren Leiter ist Fabian Rippstein.

Ein wichtiges Thema ist die Vergabe der Fernverkehrskonzession, die um nur zwei Jahre verlängert wurde. Seitens der SBB wird dazu nur sehr wenig kommuniziert und viele Mitarbeitende wissen nicht, was in zwei Jahren geschieht. Es sind viele Standorte betroffen. So könnten im Falle eines Wegfalls der Konzession von der SBB die Standorte Interlaken und La Chaux-de-Fonds geschlossen werden. Auch die Standorte Bern, Brig und Basel sowie Solothurn wären betroffen. Der SEV hat deshalb

an Verkehrsministerin Doris Leuthard appelliert, alles zu tun, um eine Aufteilung der FV-Konzession zu verhindern. Ein grosses Thema ist die neue Sprachregelung. Bei der Sprachregelung SBB+ sind noch viele Punkte ungeklärt und es bedarf noch einiger klärenden Verhandlungen. 2018 stehen wieder GAV-Verhandlungen an. Der SEV hat hierzu eine Befragung durchgeführt. Die Beteiligten erachteten den heute gültigen GAV als gut. Am 1. November 2017 wurde beim Lokpersonal das neue Einteilungsprogramm Sopre eingeführt. Diese Einführung lief total schief und es ist einmal mehr den Einteilern und dem Lokpersonal zu verdanken, dass der Betrieb einigermaßen aufrechterhalten werden konnte.

Im Anschluss an die Versammlung durften die Teilnehmenden ein Referat von Markus Kröppli, Peko SBB P, hören.

Christoph Pfeuti

sev-online.ch sev-online.ch sev-online.ch

■ Unterverband ZPV

Wir beschäftigen uns mit der Zukunft

Die Arbeitsgruppe Einteilungsprozesse kam zum Schluss, dass die Arbeitsgruppe zu gross ist. Nach Beendigung der letzten Sitzung waren beide Seiten frustriert. Nach einer Aussprache sahen beide Seiten ein, dass es vorangehen kann, wenn man die Arbeitsgruppe verkleinert. Jetzt ist man zuversichtlich, dass es künftig besser laufen wird.

Beim Berufsbild läuft einiges, jedoch ist nichts klar. Der ZPV fordert bei der Namensfindung folgende Berufsbezeichnungen für das Zugpersonal: Zugchef, Kondukteur, Chef Zugpersonal. Weitere Alternativen haben wir in der Hinterhand. Bei der Kundenbegleitung 2020 möchte VM die Leistungen flexibler gestalten. Unsere Anforderungen wurden zuständigerseits mitgeteilt. Wo könnte man die Zweierbegleitung flexibilisieren? Die SBB möchte Pflicht- und Kantontouren einführen. Noch vor Jahresende fand ein sehr guter Austausch statt. Kritische Züge, Sicherheit, Planbarkeit, Vorgaben rundherum waren die Themen. Wie kriegt man den flexiblen Teil der SBB hin? Grundlage für die schriftli-

chen Eingaben war der ZPV-Strategie-workshop: Doppel ICN, Fernverkehrszüge, Züge mit Modulen, Züge mit Jumbo-modul, mehrere Zugteile, kritische Züge, Züge mit mehr als sechs Wagen. Sopre war, ist und bleibt ein Thema, mit dem wir nicht glücklich sind. Es wird ein Spitzengespräch zusammen mit dem LPV, SEV, VLSF mit Andreas Meyer und Markus Jordi geben. Danach schauen wir weiter.

Der ZPV möchte die Werbung und die Jugend fördern. Aus diesem Grund fanden und finden Werbe- und Jugendworkshops statt. Organisiert werden Stammtischevents und weiterhin werden die Dankeschön-Aktionen durchgeführt. Der ZPV-Jugendvertreter Roman Schefer tritt per sofort zurück, weil er sich beruflich weiterbildet. Das Amt des Jugendvertreters wird ausgeschrieben.

Dank an den Zentralausschuss und Zentralvorstand für die gute Arbeit im 2017. Wir hoffen auf den gleichen Spirit im Jahr 2018, das sehr anstrengend und sehr wichtig für den ZPV ist.

Roger Tschirky

Jetzt den Newsletter
kontakt.sev abonnieren:
sev-online.ch/de/newsletter



■ Unterverband PV – Stellungnahme des Zentralausschusses PV zur No-Billag-Initiative

No Billag ist das Ende der Sendungen, die wir lieben – auch am Radio

Ohne Empfangsgebühren verschwinden die Radio- und Fernsehsendungen der SRG, aber auch ein grosser Teil der Lokalradios und -fernsehen. Mit ihnen verschwindet unabhängige Information aus den elektronischen Medien, und damit die Basis der demokratischen Meinungsbildung. Am 4. März ist ein klares Nein das Zeichen für Demokratie und Solidarität.

Bei der Abstimmung vom 4. März geht es nicht um die 365 Franken Gebühren jährlich. Sicher: Für ein kleines Budget sind sie ein grosser Brocken. Ge-

rade Junge, die sich mit Teilzeitarbeit ihre Ausbildung finanzieren, aber auch Pensionierte, die von einer knappen Rente leben müssen, tun sich schwer mit dieser Rechnung. Aber **es geht eben viel mehr um die Gegenleistung, die wir dafür bekommen:** zahlreiche Radio- und Fernsehprogramme, die meisten von der SRG, viele aber auch von privaten Radio- und Fernsehsendern. Ein Schelm, wer behauptet, diese Angebote würde es weiter geben, wenn die Initiative angenommen wird. Stellen wir uns nur einmal vor, die SBB würde auf einen Schlag drei Viertel ihrer Einnahmen verlieren: Die Züge würden stillstehen, die Gleise verrotten. Oder wir selbst: **Wie sollten wir unser Leben, unseren Alltag finanzieren, wenn wir plötzlich nur noch ein Viertel der Einnahmen hätten?**

Hans-Ulrich Bigler, der Märchenonkel vom Gewerbeverband, behauptet, die SRG würde andere Wege finden, um ihre Programme zu finanzieren. Was die Glaubwürdigkeit des Märchenzählers Bigler angeht, erinnern wir uns an die Abstimmung übers RTVG vor zwei Jahren: Bigler sagte voraus, die Gebühr werde auf 1000 Franken steigen. Heute wissen wir: Sie sinkt auf 365 Franken. Lassen wir uns also nicht von Biglers gesammelten Märchen blenden. Tatsache ist, dass nach einem Ja zur Initiative die Konzessionen versteigert würden. Das bedeutet, dass reiche, sehr reiche Menschen ungefiltert, ohne jegliche Auflagen ihre Meinungen und Haltungen verbreiten könnten – **denn die Vorschriften, sachgerecht zu berichten und Minderheiten angemessen zu**

berücksichtigen, werden mit der Initiative gleich auch gestrichen. Kaum eine der Sendungen von SRF oder der lokalen Radios und Fernsehen lässt sich durch Werbung finanzieren (und ebenso wenig durch Abonnemente, wie der Gewerbeverband orakelt). Die Radio-Regionaljournale, Sendungen wie Echo der Zeit, Tagesschau oder 10vor10, aber eben auch grosse Sport- und Unterhaltungssendungen sind in der Herstellung zu teuer, als dass sie ohne Gebühren eine Überlebenschance hätten. **Wer heute mit Vergnügen Schweizer Radio und Fernsehen konsumiert, würde mit einem Ja sein eigenes Vergnügen abschaffen.**

Die Programme, wie sie die SRG und zahlreiche Lokalsender heute machen, sind häufig nur auf ein beschränktes Publi-

kum ausgerichtet, so dass sie für Werbekunden kaum attraktiv sind. Das hat auch damit zu tun, dass die Schweiz ein kleines und erst noch viersprachiges Land ist. **Diese Sendungen sind aber wichtig fürs Funktionieren unserer Gesellschaft.**

Unsere Demokratie lebt davon, dass die Stimmberechtigten unabhängig informiert werden und sich damit ihre Meinung frei bilden können. Wenn die Milliardäre die Programme nach ihrem Gutdünken steuern können, ist die freie Meinungsbildung futsch! Italien ist das Beispiel in unserer Nähe, die USA die Zuspitzung davon.

Der ZA PV empfiehlt, am 4. März die No-Billag-Initiative abzulehnen. Ein Ja würde gerade die ältere Generation empfindlich bestrafen.

Zentralausschuss PV/pmo

■ PV Zürich

Glückwünsche zum 101. Geburtstag



Am 20. Dezember besuchte ich **Ruth Amrein** und überbrachte ihr die besten Wünsche zum 101. Geburtstag vom PV Zürich.

Ich durfte sie trotz Norovirus im Altersheim kurz besuchen. Sie freute sich auf den Besuch. Ihren Humor hat sie noch nicht verloren. Beim Verabschieden sagte sie, dass sie sich bereits wieder auf den Besuch in einem Jahr freue.

Kurt Egloff

■ PV Zürich

Musikalische Weihnachtsfeier

Der Hans-Bader-Saal strahlte im weihnachtlichen Glanz. Präsident Kurt Egloff begrüsst alle Anwesenden zur Weihnachtsfeier. Zur musikalischen Einstimmung sang der KenSing-Chor der Kantonschule Enge englische Weihnachtslieder. Dann las Pfarrer Hannes Kappeler eine lustige Weihnachtsgeschichte über die Herrtmann's-Kinder vor. Wie schon in den Vorjahren bot die Bendliker-Musik ein Weihnachtskonzert und spielte einen humorvollen Sketch. Alle bekamen einen «Grüttibänz». Zum Abschluss sangen alle gemeinsam das Weihnachtslied «Stille Nacht, heilige Nacht». Kurt Egloff wünschte besinnliche Festtage und alles Gute zum Neuen Jahr. Nächster Termin: Frühlingsversammlung am 8. März.



Ausführlicher Bericht mit Fotos siehe www.sev-pv.ch/zuerich.

Fritz Abt

■ PV St. Gallen

Schöne Musik und Weihnachtsgeschichte

Pünktlich eröffnete Präsident Markus Schweizer die Adventsfeier in St. Georgen und begrüsst 82 Anwesende. Alles Gute wünschte der Präsident allen Mitgliedern, die aus gesundheitlichen Gründen der Feier fernbleiben mussten. Die mit Tannenzweigen, Kerzen und Guetzlitellern geschmückten Tische zauberten eine warme vorweihnachtliche Stimmung in den Saal. Danke dem Ehepaar Thurnherr und Walter Schweizer. PV-Vizepräsident Hans Heule erwähnte, dass Weihnachten und Jahreswechsel mit Musik und Zusammensein gleichbedeutend ist. Nach dem Dank an den gesamten Vorstand hörten wir ein Weihnachtsgedicht aus seiner Schulzeit, das ihm noch immer in Erinnerung ist. Seit der letzten Versammlung konnten 21 Mitglieder zwischen 80 und 98 Jahren Geburtstag feiern. Alles Gute. In ei-

ner Schweigeminute gedachten die Anwesenden der 7 Verstorbenen in der gleichen Zeit. Mit einem Präsent und Applaus wurde der Schreibende nach 12 Jahren als Aktuar und Reiseorganisator verabschiedet. Leider fehlt immer noch ein Nachfolger.

Im ersten musikalischen Teil unterhielten uns 6 Frauen des Liechtensteinischen Panflötenorchesters mit bekannten Heimat-, Schunkel- oder Seemannsliedern. Pfarrer Markus Unholz erzählte eine alte Eisenbahner-Familiengeschichte aus Carolina im Unterengadin. Problemlos für einen ehemaligen Bähnler. Der zweite musikalische Teil war geprägt von bekannten Weihnachtsliedern. Die mit der Panflöte gespielten Melodien klangen besinnlich und sehr beruhigend. Ein gutes Essen schloss die Adventsfeier ab. Das war's für mich.

Euer Peter Spörri

■ AS Securitrans

Thema Winterdienst gab viel zu reden

Präsident Urs Lacher führte uns durch die sehr interessante Mitgliederversammlung. Zu Gast war die neue CEO Désirée Baer. Sie stellte sich vor und wir konnten «brennende» Fragen stellen, die sie direkt beantwortete. Das Thema Winterdienst gab viel zu reden. Peko-Vertreter Roger Keist war natürlich auch ein willkommener Gast. Drei Per-

sonen durften wir verabschieden und bedankten uns für ihre geleisteten Arbeiten. Einer davon war SEV-Gewerkschaftssekretär Urs Huber, denn neu ist Lucie Waser vom SEV für unsere Sektion zuständig. Hat jemand Interesse, bei uns im Vorstand von Securitrans mitzumachen? Keine Hemmungen, meldet euch bitte bei uns. **Bea Zimmermann**

SEV und Unterverbände

Nächste Anlässe: ■ **SEV RhB**

- 13. Februar**, Chur Versammlung LPV RhB
14. Februar Chur Versammlung ZPV Calanda

■ **Unterverband VPT**

- 27. Februar**
Olten, Kongresshotel Olten
8. März
Olten, Kongresshotel Olten
15. März
Olten, Kongresshotel Olten
- Branchentagungen 2018:**
Branche Bus – Themen: Neue Umfrage «Gesundheit am Arbeitsplatz»; Via sicura
Branche Bahn – Hauptthema: Die Digitalisierung der Bahn
Branche Pensionierte – Themen: Revision des Gesetzes über Ergänzungsleistungen; Leistungen der KTU an die Rentner/innen

Details zu den jeweiligen Anlässen siehe entsprechende Anschlagbretter.

Anmeldung (obligatorisch) für Branche Bus und Bahn auf vpt-online.ch oder via deinen Sektionspräsidenten (Branche Pensionierte siehe unten).
10 bis ca. 16 Uhr (Kaffee ab 9.30 Uhr)

10 bis 16.15 Uhr (Kaffee ab 9.30 Uhr)

10 bis 16 Uhr (Kaffee ab 9.30 Uhr), Anmeldung (obligatorisch) auf vpt-online.ch, an Peter Bernet, Stráda dar Fórnó 2, 6967 Dino, peter.bernet@vpt-online.ch, 079 859 76 21, oder Vincent Brodard, SEV, Postfach, 3000 Bern 6, vincent.brodard@sev-online.ch, 079 633 26 54

Sektionen

- 14. Februar** ■ **ZPV Calanda**
18.30 Uhr, Chur, Sitzungszimmer
Gürtelstrasse 20
Hauptversammlung 2018

- 15. März** ■ **ZPV Interlaken**
16.15 Uhr, Interlaken, Hotel Interlaken, Höheweg 74
Hauptversammlung

- 17. März** ■ **RPV Basel**
14 Uhr, Basel, Restaurant Bundesbahn
Hauptversammlung

- 24. März** ■ **ZPV Luzern**
15 Uhr, Luzern, Pfarreizentrum Kirche St. Leodegar
Hauptversammlung

Alle aktiven und pensionierten Mitglieder, Quereinsteiger und Lernenden vom Zupersonal Nord der RhB sind eingeladen. Danach Abendessen mit Partner/in im Restaurant Astoria. Anmeldung für das Essen bis 11. Februar, auf Liste im Personalzimmer Chur eintragen oder an calanda@zpv.ch.

Einladung für unsere Mitglieder, Pensionierten, Azubis und weitere Interessierte. Apéro (18.30 Uhr) und Abendessen (19 Uhr) werden von der Sektion bezahlt. Anmelden bis 5. März. Aushang im ZP-Lokal beachten und auf Liste eintragen.

Alle Mitglieder sind eingeladen. SEV-Präsident Giorgio Tuti referiert zum Thema «Wie sieht die Zukunft im SEV aus». Anmeldung zum Nachtessen bis 12. März an Präsident Markus Pfluger, markus.pfluger@gmx.ch oder SMS 079 812 00 98.

Der ZPV Luzern lädt dich herzlich zur Hauptversammlung ein, die im Pfarreizentrum Kirche St. Leodegar (Hofkirche) in Luzern stattfindet.

- 7. April** ■ **TS Mittelland**
9.30 Uhr, Bern, Hotel Bern, Zeughausgasse 9
Generalversammlung

Einladung zur GV, auch Pensionierte sind willkommen. Anmeldung bis 2. April an Beat Jurt, b.jurt@bluewin.ch, 079 738 66 86. Aroldo Cambi, SEV-Stiftungsrat in der PK SBB informiert zur PK SBB. SEV-Sekretär Jürg Humi und Corrado Pardini, Präsident Gewerkschaftsbund Kanton Bern orientieren über gewerkschaftliche Geschäfte. Anschliessend gemütliches Zusammensein mit Essen.

Sektionen VPT

- 1. Februar** ■ **VPT Zürichsee**
17 Uhr, Wollishofen, Albisklasse
Generalversammlung mit Nachtessen

Die GV findet wie gewohnt auf einer Albisklasse statt. Die Traktandenliste liegt auf. Anmeldung fürs anschliessende traditionelle Raclette bitte am Infobrett oder an zuerichsee@vpt-online.ch.

■ PV Bern

Weihnachtsfeier mit Verabschiedung

An der Weihnachtsfeier vom 13. Dezember konnte Präsident Max Krieg rund 130 Personen begrüessen. Im schön geschmückten Saal eröffnete das Bläserquartett Oldies mit einigen Musikstücken die Veranstaltung. Der Männerchor trug einige schöne Weihnachtslieder vor. Hedi Gugger las wieder eine selbst geschriebene Geschichte vor, die von einer jungen Irin handelte, die irrtümlich statt zu ihrer Mutter in Langnau am Albis nach Langnau im Emmental unterwegs war und bei einer Familie eines Bahnangestellten in Konolfingen eine Unterkunft fand.

Weil es um eine sehr wichtige Vorlage geht, referierte Peter Moor über die im März zur Abstimmung gelangende No-Billag-Initiative. Mit einer Ablehnung sei dieses Vorhaben zu stoppen, denn sonst würden drei Viertel der jetzigen Einnahmen für die SRG, die Lokalfernsehstationen und die Lokalradios wegfallen. Neu-

trale Infos wären im höchsten Masse gefährdet und reiche Leute würden nachher befehlen, was noch zu senden sei. Sendungen, die wir bisher gewöhnlich gesehen und gehört hätten, würden wir vermissen. Nach den interessanten Ausführungen wurde ein feiner Zviersteller mit Salat aufgetischt.

Zu Wort kam nun Hans Junker, der Präsident des Männerchores der pensionierten Eisenbahner Bern. Der Männerchor hatte 1949 seinen ersten Auftritt. 1973 zählte er 73 Sänger. Nun musste Hans Junker leider die endgültige Auflösung des Chors wegen Mitgliederschwund und Überalterung mitteilen. Die Sänger haben den PV Bern viele Jahre an Versammlungen und Feiern mit schönen Liedern begleitet und ihm viel Freude bereitet, dafür bedankte sich Max Krieg ganz herzlich. Neben Weihnachtsliedern wurden am Schluss noch lüpfige Melodien als Zugabe gesungen. **Andreas Lüthi**

Unsere Verstorbenen

Aebi Ursula, Witwe des Rudolf, Wangen bei Olten; gestorben im 82. Altersjahr. PV Olten und Umgebung.

Baumann Kurt, pensionierter Bahnhofsvorstand, Wil SG; gestorben im 70. Altersjahr. PV St. Gallen.

Berg Rainer, Hallau; gestorben im 62. Altersjahr. VPT Deutsche Bahn.

Berger Rita, Witwe des Max, Ried-Brig; gestorben im 92. Altersjahr. PV Wallis.

Birke Jan, Fachspezialist, Spreitenbach; gestorben im 45. Altersjahr. AS Ost.

Bissig Agnes, Witwe des Josef, Flüelen; gestorben im 85. Altersjahr. PV Uri.

Bissig Werner, pensionierter Schichtführer, Schattdorf; gestorben im 81. Altersjahr. PV Uri.

Bollmann Josefina, Witwe des Otto, Siebnen; gestorben im 95. Altersjahr. PV Glarus-Rapperswil.

Borner Bruno, Technischer Assistent, Gunzgen; gestorben im 63. Altersjahr. TS Nordwestschweiz.

Bortis Irene, pensionierte Reiseverkäuferin, Fiesch; gestorben im 69. Altersjahr. PV Wallis.

Breu Mathilde, Witwe des Walter, Basel; gestorben im 100. Altersjahr. PV Basel.

Burri Jakob, pensionierter Gruppenchef, Sevelen; gestorben im 88. Altersjahr. PV Buchs-Chur.

Cadonau-Cordett Berta, Witwe des Josef, Chur; gestorben im 94. Altersjahr. VPT Rhätische Bahn.

Ersinger Franz, pensionierter Stellwerkbeamter, St. Gallen; gestorben im 79. Altersjahr. PV St. Gallen.

Feuerstein Erna, Witwe des Paul, Chur; gestorben im 96. Altersjahr. PV Buchs-Chur.

Frei Paula, Witwe des Konrad, Zürich; gestorben im 95. Altersjahr. PV Zürich.

Friederich Erich, pensionierter Kapitän, Thun; gestorben im 88. Altersjahr. VPT BLS.

Fritsch Hedwig, Witwe des Alfred, Füllbach; gestorben im 92. Altersjahr. PV Olten und Umgebung.

Grogg Niklaus, pensionierter Hallenchef, Riehen; gestorben im 92. Altersjahr. PV Aargau.

Hauri Erika, Witwe des René, Winterthur; gestorben im 83. Altersjahr. PV Winterthur-Schaffhausen.

Hiltbrunner Louise, Witwe des Fritz, Thürnen; gestorben im 93. Altersjahr. PV Basel.

Jallard Marcel, pensionierter Fachbeamter, Hergiswil NW; gestorben im 80. Altersjahr. PV Luzern.

Juchli Maria, Witwe des Willy, Zürich; gestorben im 85. Altersjahr. PV Zürich.

Kammer Christian, Lauterbrunnen; gestorben im 60. Altersjahr. VPT BLS.

Kammermann Hugo, pensionierter Spezialmonteur, Safenwil; gestorben im 79. Altersjahr. PV Aargau.

Kleger Annemarie, Witwe des Josef, Uznach; gestorben im 89. Altersjahr. PV Glarus-Rapperswil.

Krummenacher Jean-Claude, pensionierter Zugchef, Bern; gestorben im 87. Altersjahr. PV Bern.

Kuratli Rosa, Witwe des Hans, St. Gallen; gestorben im 98. Altersjahr. PV St. Gallen.

Leitz Hermann, pensionierter Lokomotivführer, Weinfelden; gestorben im 98. Altersjahr. VPT Thurbo.

Lugon Georges, Sierre; gestorben im 69. Altersjahr. PV Wallis.

Lussi Hélène, Witwe des Bruno, Olten; gestorben im 94. Altersjahr. PV Olten und Umgebung.

Lüthi Hedwig, Witwe des Hans, Lostorf; gestorben im 93. Altersjahr. PV Olten und Umgebung.

Marty Edwin, pensionierter Betriebsbeamter, Zürich; gestorben im 91. Altersjahr. PV Zürich.

Maurer Liselotte, Witwe des Kurt, Basel; gestorben im 87. Altersjahr. PV Basel.

Mauron Eduard, pensionierter Zugführer, Basel; gestorben im 87. Altersjahr. PV Basel.

- 6. Februar**
Ab 11 Uhr,
Kriens, Restau-
rant Grünebode
- **VPT SGV, Pensionierten-
gruppe**
Fasnachtshöck
- Mittagessen: Tagesmenü CHF 19.50. Kosten für Menü und Getränke sind selbst zu übernehmen. Bus Nr. 1 Richtung Obernau bis «Alpenstrasse», Hauptstrasse überqueren Richtung Hochrainstrasse.
- 14. Februar**
14 Uhr, Worb,
Rest. Hirschen
- **VPT RBS, Pensionierten-
gruppe**
Hauptversammlung
- Der Vorstand freut sich auf viele Mitglieder. Bitte beachtet die zugestellte Traktandenliste.
- 22. Februar**
Engelberg an 9.53
Uhr, Gratisbus Li-
nie 3/5 zur Talsta-
tion Brunni, Luft-
seilbahn Ristis
- **VPT BLS, Pensionierte**
Winterwanderung: Ristis–
Alp Rigidal–Brunnhütte
und zurück
- Wanderzeit 2½ Stunden, +/-280m. Stöcke und Gleitschutz. Rucksackverpflegung oder in der SAC-Brunnhütte. Engelberg ab immer XX.02 Uhr, Luzern an XX.49 mit Anschluss in alle Richtungen. Anmeldungen bis 19. Februar an Fritz Adolf, 034 422 81 57, fritz.adolf@bluewin.ch.
- 18. April**
14.15 Uhr, Spiez,
Lötschbergzentrum
- **VPT BLS, Pensionierten-
gruppe**
Hauptversammlung
- Statutarische Traktanden, Wahlen, Infos zum Wanderprogramm 2018, News vom SEV sowie diverse SEV-Infos.

Pensionierte SBB

- 6. Februar**
Basel, Restaurant
Bundesbahn
- **Pensioniertes Zug-
personal Basel**
Stammtisch
- Wir treffen uns jeden ersten Dienstag im Monat. Kollegen auswärtiger Depots sind herzlich willkommen.
- 7. Februar**
10 Uhr, Zürich,
Restaurant Rhein-
felder Bierhalle
- **PV Zürich**
www.sev-pv.ch/zuerich
Stamm
- Wir treffen uns zum monatlichen Stamm.
- 13. Februar**
9.08 Uhr Abfahrt
ab Chur nach
Arosa
- **PV Buchs-Chur**
www.sev-pv/bu-ch
Leichte Winterwanderung:
Mittelstation Weisshorn-
bahn–Innerarosa
- Mit der Weisshornbahn zur Mittelstation, CHF 10; Kaffee/Gipfeli. Wanderung, wenig Steigung und Gefälle, auf Höhenweg nach Innerarosa; 2 Stunden, Stöcke empfohlen. Mittagessen auf eigene Kosten im Restaurant Gspan. Auskunft/Anmeldung bis 7. Februar bei Agnes Richli, 081 284 22 43.
- 14. Februar**
Luzern ab 9.39
Uhr, Gleis 2,
Rothenthurm
an 10.28 Uhr
- **PV Luzern**
www.sev-pv.ch/luzern
Leichte Wanderung durchs
Hochmoor von Rothenthurm
- Gruppe 1 und 2 Abmarsch nach Steinstoss–Bibersteg–Distel. Gruppe 3 mit Bus zum Restaurant Distel. Mittagessen im Restaurant Truckstop in Distel. Anmelden (Gruppe angeben, auch Nichtwanderer) bis 12. Februar bei René Wolf, 041 320 62 79, rene.wolf@bluewin.ch.
- 15. Februar**
11 Uhr, Erstfeld,
Pfarrreicenter
St. Josef
- **PV Uri**
www.sev-pv.ch/uri
Jubiläums-Hauptversamm-
lung: «100 Jahre PV Uri»
- Eingeladen ist die ganze Familie des PV Uri. Die Traktandenliste wurde allen Mitgliedern zugestellt. Einleitung der Feier um 12.30 Uhr mit dem Apéro, anschliessend Festbankett. Anmeldung nötig, erfolgt mit der Einzahlung von CHF 10 pro Person mit dem beigelegten Einzahlungsschein.

- 28. Februar**
14.15 Uhr, Winter-
thur-Wülflingen,
Strickhofsaal
- **PV Winterthur-Schaff-
hausen**
Hauptversammlung
- Durchführung der Hauptversammlung mit Wahlen für die GPK sowie Kreisobmann. Der PV-Chor wird ein paar Lieder vortragen. Wir freuen uns auf rege Teilnahme.
- 3. März**
14 Uhr, Perlen,
Theater Perlen,
Gasthaus Die Per-
le, Dorfstrasse 2
- **PV Luzern**
www.sev-pv.ch/luzern
Einladung ins Theater Perlen
«De Schacher Sepp»
- Preis CHF 10 anstelle von CHF 25. Dauer ca. 2 Stunden. Billette werden vor Ort gegen Bezahlung abgegeben. Plätze limitiert. Saalöffnung 13.30 Uhr. Anmeldeschluss 26. Februar bei Gertrud Hofstetter, 041 758 18 19, gertrud.hoefi@bluewin.ch.
- 7. März**
14.30 Uhr, Basel,
Restaurant
L'Esprit (Saal),
Laufenstrasse 44
- **PV Basel**
www.sev-pv.ch/basel
Jubiläums-Haupt-
versammlung
- Anreise: Tram 15/16 «Heiliggeist-Kirche», Tram 10/11 «Münchensteinerstrasse», Bus 36 «Thiersteinerschule/Zwinglihaus». Anträge bis 13. Februar an den Vorstand. Traktanden bei Ernst Speiser erfragen, 079 282 99 05 (siehe auch Website).
- 8. März**
14 Uhr, Zürich,
Kirchgemein-
dehaus, Limmat-
strasse 114
- **PV Zürich**
www.sev-pv.ch/zuerich
Frühlingsversammlung
- Abnahme Jahresbericht, Jahresrechnung 2017, Budget 2018, Ersatzwahl in den Vorstand. Unser Gast Mario Fehr, Regierungsrat Kanton Zürich informiert über die Verkehrspolitik und Aktuelles. Eingeladen sind alle Mitglieder mit Partner/in. Nach der Versammlung wird ein Imbiss offeriert.

Bildung

- 18. bis 20. Juni**
1. und 2. Tag:
Sigriswil,
Solbad Hotel
3. Tag:
Bern, Zentral-
sekretariat SEV
- **SEV Bildung/Movendo –
das Bildungsinstitut der
Gewerkschaften**
www.movendo.ch
- Alle Kurse (inkl. Verpflegung) sind für Gewerkschaftsmitglieder kostenlos. Weitere Infos sowie Anmeldedetails siehe Website oder bei Movendo, 031 370 00 70, info@movendo.ch.
- Inhalt: Das Seminar vermittelt die Grundkenntnisse der Gewerkschaftspolitik. Lerne die Rolle und die Rechte aktiver Mitglieder sowie deren Handlungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz und in der Gewerkschaft kennen. Der 3. Tag präsentiert Strukturen, Geschichte und die Rolle aktiver Gewerkschafter/innen des SEV.
- Modul 1 – Aktiv in meiner
Gewerkschaft – Movendo-
Basisseminar für Vertrau-
ensleute
- Inhalt: Wir setzen uns mit den Grundsätzen einer wertschätzenden Kommunikation und erfolgreichen Teamarbeit im Vorstand auseinander. Weiter thematisieren wir das Funktionieren von demokratischen Organisationen sowie die sozial- und verkehrspolitischen Positionen des SEV.
- Modul 2 – Aktiv in meiner
Sektion (Kommunikation, Poli-
tik, Gewerkschaftsarbeit)
- Inhalt: Im Erfahrungsaustausch stehen Rechte und Pflichten von Sektionspräsident/innen, das erfolgreiche Durchführen und Gestalten von Versammlungen und die Rekrutierung neuer Vorstandsmitglieder im Mittelpunkt. Diskussion herausfordernder Situationen als Vorstandsmitglied, kennenlernen von Strategien zur Konfliktlösung.
- Modul 3 – Aktiv im Vorstand:
Vertiefung für (angehende)
Sektionspräsidentinnen
und -präsidenten
- 13. und
14. November**
Freiburg,
NH Hotel

Unsere Verstorbenen

- Montavon Lina**, Witwe des Jérôme, Basel; gestorben im 95. Altersjahr. PV Basel.
- Oswald Karl**, Berg TG; gestorben im 96. Altersjahr. PV Thurgau.
- Perriard Germaine**, Witwe des Ernest, Fribourg; gestorben im 95. Altersjahr. PV Fribourg.
- Rindlisbacher Walter**, pensionierter Betriebsbeamter, Langnau im Emmental; gestorben im 90. Altersjahr. PV Bern.
- Salzmann Ida**, Witwe des Bernhard, Naters; gestorben im 84. Altersjahr. PV Wallis.
- Saner Margrit**, Witwe des Emil, Olten; gestorben im 93. Altersjahr. PV Olten und Umgebung.
- Scardarella Dario**, pensionierter Rangierangestellter, Orpund; gestorben im 88. Altersjahr. PV Biel.
- Schär Werner**, pensionierter Zugführer, Huttwil; gestorben im 92. Altersjahr. VPT BLS.
- Schelling Oswald**, pensionierter Lokomotivführer, Dübendorf; gestorben im 98. Altersjahr. PV Zürich.
- Schilter Agatha**, Witwe des Willy, Zürich; gestorben im 90. Altersjahr. PV Zürich.
- Schmid Jenny**, Witwe des August, Glattpark (Opfikon); gestorben im 98. Altersjahr. PV Zürich.
- Schneuwly Claudine**, Witwe des Arthur, Fribourg; gestorben im 89. Altersjahr. PV Fribourg.
- Schürmann Otto**, pensionierter Fachbeamter, Luzern; gestorben im 87. Altersjahr. PV Luzern.
- Schütz Käthi**, Witwe des Hans, Burgdorf; gestorben im 92. Altersjahr. PV Bern.
- Schütz Peter**, pensionierter Oberinspektor, Basel; gestorben im 75. Altersjahr. VPT Deutsche Bahn.
- Seydoux Yvonne**, Witwe des Joseph, Vuadens; gestorben im 99. Altersjahr. PV Fribourg.
- Simoni Francesco**, pensionierter Fahrdienstleiter, Röschenz; gestorben im 97. Altersjahr. PV Basel.
- Stächelin Armin**, pensionierter Spezialmonteur, Dottikon; gestorben im 92. Altersjahr. PV Zürich.
- Steiner Heinz**, pensionierter Lokomotivführer, Biel; gestorben im 81. Altersjahr. PV Biel.
- Stempfel Cecile**, Witwe des Albin, Fribourg; gestorben im 93. Altersjahr. PV Fribourg.
- Thiemard Marcel**, pensionierter Zugchef, Orpund; gestorben im 85. Altersjahr. PV Biel.
- Thoma Eduard**, pensionierter Rangierdisponent, Zürich; gestorben im 86. Altersjahr. PV Zürich.
- Tobler Ernst**, pensionierter Stationsvorstand, Sulgen; gestorben im 87. Altersjahr. PV Thurgau.
- Vago Erwin**, pensionierter Stellwerkbeamter, Zürich; gestorben im 94. Altersjahr. PV Zürich.
- Vaucher Helene**, Witwe des Felicien, Domdidier; gestorben im 97. Altersjahr. PV Fribourg.
- Vorpe Rosalie**, Witwe des René, Basel; gestorben im 95. Altersjahr. PV Basel.
- Weber Hans**, pensionierter Bezirksmeister, Jona; gestorben im 87. Altersjahr. PV Zürich.
- Wessner Jeanne**, Witwe des Willy, Biel; gestorben im 90. Altersjahr. PV Biel.
- Widmer Eugen**, pensionierter Lokomotivführer, Bellach; gestorben im 83. Altersjahr. PV Olten und Umgebung.
- Zuercher Alfred**, Vicques; gestorben im 97. Altersjahr. PV Jura.
- Zurbuchen Hans**, pensionierter Magaziner, Unterseen; gestorben im 95. Altersjahr. VPT BLS.
- Zwysig Marie**, Witwe des Josef, Seelisberg; gestorben im 94. Altersjahr. PV Zürich.

Link zum Recht

Verpasste Chance, wenig Neues

Für das neue Jahr sind nur minime Veränderungen in den schweizerischen Sozialversicherungen vorgesehen, wie unsere aktuelle Zusammenstellung zeigt.

AHV-Renten unverändert

Das Nein bei der Volksabstimmung über die Altersvorsorge 2020 im September 2017 führt dazu, dass eine Zusatzfinanzierung für die AHV und die Revisionen in der AHV sowie in der beruflichen Vorsorge aufgeschoben werden. Die Vorlage hätte die AHV-Renten substanziell erhöht. Somit bleiben die AHV- und IV-Renten im Jahr 2018 weiterhin unverändert. Denn auch in diesem Jahr entfällt die automatische Anpassung der AHV-Renten an die Preis- und Lohnentwicklung. Der Verzicht wird dadurch begründet, dass sich sowohl der Preis- als auch der Lohnindex nur schwach entwickelt haben. Die letzte Erhöhung der Renten erfolgte auf den 1. Januar 2015.

AHV-Ausgleichsfonds

Das neue Bundesgesetz über die öffentlich-rechtliche

Anstalt zur Verwaltung des Ausgleichsfonds von AHV, IV und EO schafft die gesetzliche Grundlage für die Umwandlung der Fonds in eine öffentlich-rechtliche Anstalt. Die Betriebsaufnahme der neuen Anstalt «compenswiss» (Ausgleichsfonds AHV/IV/EO) soll am 1. Januar 2019 erfolgen.

Intensivpflegezuschlag bei der IV steigt an

Familien, die zu Hause ein schwer krankes oder behindertes Kind pflegen, erhalten einen höheren Beitrag der IV. Dieser sogenannte Intensivpflegezuschlag wird ab 2018 erhöht. Bei mindestens vier Stunden Intensivpflege pro Tag beträgt der Intensivpflegezuschlag neu 470 bis 940 Franken pro Monat, bei mindestens sechs Stunden 940 bis 1645 Franken und bei mindestens acht Stunden 1410 bis 2350 Franken.

Neue Berechnungsmethode verbessert die IV

Die revidierte Verordnung über die IV wird im Laufe des Jahres 2018 in Kraft treten. Die Berechnungsmethode der IV-Rente (sogenannte «gemischte Methode») wird dabei verbessert. Künftig werden die Folgen einer gesundheitlichen Beeinträchtigung nicht nur für die Erwerbstätigkeit, sondern in gleicher Gewichtung auch für allgemeine Aufgaben (wie beispielsweise Hausarbeiten usw.) berücksichtigt. Dadurch werden Teilzeiterwerbende und insbesondere Frauen weniger diskriminiert. Bisher führte Teilzeiterwerb zu einem niedrigeren Invaliditätsgrad als Vollzeiterwerb.

Zusatzfinanzierung der IV durch MWSt läuft aus

Die im September 2009 beschlossene Zusatzfinanzierung der IV durch eine Anhebung der MWSt um 0.4% ist wie vorgesehen per 31.12.2017 ausgelaufen. Ab 2018 gelten somit neue Mehrwertsteuersätze: Normalsatz: (bisher) 8.0%, - 0.4% IV-Zusatzfinanzierung, + Steuererhöhung FA-BI 0.1% = neuer Satz 7.7%; Sondersatz Beherbergung (bisher) 3.8% - IV 0.2% + FA-BI 0.1% = neu 3.7%; reduzierter Satz bisher 2.5% - IV 0.1% + FA-BI 0.1% = neu 2.5%.

Historisches Tiefzinsniveau in beruflicher Vorsorge

2016 wurde der Mindestzinssatz in der obligatorischen beruflichen Vorsorge auf ein historisches Tiefstniveau von einem Prozent gesenkt. Er bleibt aufgrund der Empfehlung der Eidgenössischen Kommission für die berufliche Vorsorge 2018 unverändert. Das Altersgut haben wir somit weiterhin unterdurchschnittlich verzinst. Grund dafür sind die anhaltend tiefen Zinsen –

obwohl Aktien und Immobilien erfreuliche Renditen abwerfen. Der BVG-Mindestzinssatz variierte von 1985 bis 2011 zwischen zwei bis vier Prozentpunkten.

AHV-, IV- und PK-Renten bleiben unverändert

Die Hinterlassenen- und Invalidenrenten der obligatorischen beruflichen Vorsorge bleiben im Jahr 2018 ebenfalls unverändert. Altersrentner/innen der beruflichen Vorsorge haben keinen gesetzlichen Anspruch auf eine Teuerungsanpassung ihrer Altersrente. Die Pensionskassen verzichten flächendeckend auf eine Anpassung.

KVG-Prämien steigen weiterhin stark an

2018 steigt die Standardprämie der obligatorischen Krankenpflegeversicherung um durchschnittlich 4% (+ 4.5% im Vorjahr). Für Kinder steigt die Prämie mit 5% erneut am stärksten an. Die Erhöhung variiert je nach Kanton. Seit der Einführung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung haben sich die Krankenkassenprämien real verdoppelt.

Der Bundesrat erhöht 2018 die Prämie für Aktive und Pensionierte des Berufsmilitärs, die in der Militärversicherung gegen Krankheit und Unfall versichert sind, von 292 auf 340 Franken pro Monat. Damit sollen die krankheitsbedingten Kosten wieder durch die Prämie gedeckt werden, was jüngst nicht mehr der Fall war.

Im Laufe des Jahres 2018 werden Massnahmen zur Dämpfung der Gesundheitskosten vorgestellt. In einem Expertenbericht stellt der Bundesrat bestehende, geplante oder komplett neue Massnahmen zur Kostendämpfung in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung vor. Dieser Experten-

bericht wird die gesundheitspolitische Debatte prägen.

Seit dem 1. Januar 2018 gelten zudem neue TARMED-Tarife. Sie umfassen sämtliche ärztlichen und arzt nahen Leistungen, die den Patient/innen in Rechnung gestellt werden. Obwohl sich an den Leistungen für Versicherte nichts ändert, sollen durch verschiedene Anpassungen rund 470 Mio. Franken (1.5 Prozent des Prämienvolumens) eingespart werden.

Diese Reformen müssen angepackt werden

Die Reform der Ergänzungsleistungen wird das Parlament auch 2018 beschäftigen. Nach dem Ständerat wird nun der Nationalrat über die Reform beraten. In den parlamentarischen Kommissionen sind Abbaumassnahmen mit gravierenden Folgen für Senior/innen und Menschen mit Behinderung durchgesetzt worden. So soll bei der Rückerstattung der Krankenkassenprämien gespart oder es sollen die Vermögensfreibeträge bei der EL-Berechnung gekürzt werden. Einziger Lichtblick: Die längst fällige Erhöhung der Mietzinsmaxima könnte durchgesetzt werden.

Das Parlament wird sich zudem mit der Weiterentwicklung der IV befassen. Die Botschaft sieht Handlungsbedarf bei Kindern und Jugendlichen mit Gesundheitsproblemen und bei psychisch Kranken. Geplant ist auch die Einführung einer linearen Rentenskala.

Nach der Ablehnung der Reform Altersvorsorge 2020 wird im 2018 die Vernehmlassung über eine erneute Revision eröffnet werden. Der Bundesrat plant, in einem ersten Schritt die AHV zu revidieren und für eine Zusatzfinanzierung für die AHV zu sorgen. Die berufliche Vorsorge soll in einem zweiten Schritt angegangen werden.

Rechtsschutzteam SEV

IMPRESSUM

kontakt.sev ist die Mitgliederzeitung der Gewerkschaft des Verkehrspersonals SEV und erscheint vierzehntäglich.

ISSN 1662-8454

Auflage: 28 101 Ex. (Gesamtauflage 42 010 Ex.), WEMF-beglaubigt 24.10.2016

Herausgeber: SEV, www.sev-online.ch

Redaktion: Vivian Bologna (Chefredaktor), Peter Anliker, Pascal Fiscalini, Markus Fischer, Françoise Gehring, Jörg Matter, Anita Merz, Patrizia Pellandini Minotti, Yves Sancey, Karin Taglang

Redaktionsadresse: kontakt.sev, Steinerstrasse 35, Postfach, 3000 Bern 6; kontakt@sev-online.ch; Telefon 031 357 57 57, Telefax 031 357 57 58

Abonnemente und Adressänderungen:

SEV, Mitgliederdienste, Steinerstrasse 35, Postfach, 3000 Bern 6; info@sev-online.ch, Telefon 031 357 57 57, Telefax 031 357 57 58
Das Jahresabonnement kostet für Nichtmitglieder CHF 40.–

Inserate: Fachmedien, Zürichsee Werbe AG, Laubisrüti 44, 8712 Stäfa; Telefon 044 928 56 11, Telefax 044 928 56 00; kontakt@fachmedien.ch, www.fachmedien.ch

Produktion: AZ Medien, Aarau; www.azmedien.ch

Druck: Mittelland Zeitungsdruck AG, Neumattstrasse 1, 5001 Aarau
www.mittellandzeitungsdruck.ch

Die nächste Ausgabe von kontakt.sev erscheint am 22. Februar 2018

Redaktionsschluss für den Sektionsteil: 15. Februar, 8 Uhr

Inserateschluss: 12. Februar, 10 Uhr

Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende

LPV fordert Ausstieg aus Sopre

Seit November 2017 sorgt die Software Sopre bei der Einsatzplanung des SBB-Lokpersonals für Chaos und Ärger, und eine wirkliche Verbesserung ist noch immer nicht abzusehen.

Dennoch will die SBB erst Ende April über die Zukunft des Systems entscheiden und es auf jeden Fall bis zum Fahrplanwechsel im Dezember 2018 weiter benutzen. Doch für die Mitarbeitenden, die täglich mit Sopre arbeiten müssen, sind die Probleme eine Zumutung. Ihre Geduld ist schon mehr als genug strapaziert worden. Deshalb fordert der SEV, dass die SBB endlich Konsequenzen zieht und die Sopre-Übung abbricht.

Was lange währt ... wird noch lange nicht gut

Die Probleme mit Sopre sind eine Geschichte ohne Ende: Schon seit mehr als sechs Jahren arbeitet die SBB mit der Herstellerfirma daran. Den-

noch war im Juni 2016 die Einführung des Systems bei der Einsatzplanung des Zugpersonals mit grossen Schwierigkeiten verbunden, die bis heute nicht vollständig behoben sind. Trotzdem wurde Sopre im November beim Lokpersonal eingeführt im Wissen, dass dort die Rahmenbedingungen noch komplexer sind. Prompt brachten in der Folge die ungenügende Performance (lange Wartezeiten) und die schlechte Qualität der Daten die Disponent/innen und das Lokpersonal psychisch und physisch an ihre Grenzen. «Auf dem Spiel steht die Fahrplanstabilität und die Gesundheit des Personals», warnt SEV-Gewerkschaftssekretär Jürg Hurni.

Neue Probleme lassen das Personal im Regen stehen

«Im Zusammenhang mit Sopre entstehen neue Probleme mit der App des Lokführer Electronic Assistant (LEA), sodass alle Toureninfos mühsam in verschiedenen Programmen und auf Webseiten zusammengesucht werden müssen», ergänzt Hans-Rudolf Schürch,



So sieht der Lokführer die Strecke. Die App (im Vordergrund) sollte nur dann «Halt» anzeigen, wenn das Signal geschlossen ist...

Zentralpräsident des Lokomotivpersonalverbands (LPV), dem Unterverband des Lokomotivpersonals im SEV.

Rechtzeitig wenden statt in die Wand fahren

«Zudem ist Sopre nicht in der Lage, die gearbeiteten Dienstouren, die gesetzlichen Bestimmungen zur Arbeitszeit und die Bestimmungen des jetzigen Gesamtarbeitsvertrags (GAV) korrekt abzubilden», erklärt Jürg Hurni weiter. «Da wir in den kommenden Monaten den GAV neu verhandeln, ist zu befürchten, dass das Chaos perfekt wird, wenn in ein schon jetzt nicht funktionierendes System noch neue Bestimmungen eingefügt werden müssen. Deshalb muss die SBB nun rasch die Konsequenzen aus den ungelösten Problemen mit Sopre ziehen. Wenn man in eine Sackgasse fährt, muss man die Vernunft und den Mut haben, zu stoppen und umzukehren, bevor man am Ende der Strasse in die Mauer kracht!».

SEV

Photomystère: «Wo ist das?»



Das letzte Bild zeigte ein Stück der Perronüberdeckung in Lausanne. Ein grösserer Bildausschnitt ist auf unserer Webseite zu finden: www.sev-online.ch.

Die Reka-Checks im Wert von 40 Franken gewonnen hat **André Berger, Genf, Mitglied PV Genève.**

Wieder fragen wir: Wo wurde dieses Foto geschossen? Unter den Teilnehmenden mit der richtigen Antwort verlosen wir **ein Taschenmesser «Outrider» im SEV-Look.** Wer gewonnen hat und die Lösung verraten wir im nächsten *kontakt.sev*.

Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt.

So nehmen Sie teil:

Per Postkarte:

Sie schreiben die Lösung, Ihren Namen und Ihre Adresse auf eine Postkarte und schicken diese

bis Mittwoch 14. Februar an:

**SEV
Photomystère
Postfach
3000 Bern 6**

Per E-Mail:

Schicken Sie die Lösung, Ihren Namen und Ihre Adresse per E-Mail an mystere@sev-online.ch

Im Internet:

Unter www.sev-online.ch klicken Sie auf die Box Photomystère rechts unterhalb der Agenda und füllen alle Felder aus.

Limitierung:
1882 Exemplare

DIE EISERNEN HELDEN AM GOTTHARD

Vier Generationen Gotthard-Lokomotiven,
vereint in einer spektakulären Tisch-Uhr

Mit Eisenbahn-
Geräuschen

DIE EISENBAHN
FÄHRT



ZU JEDER
VOLLEN STUNDE



H: 15,4 cm • B: 26,6 cm • T: 16 cm
Benötigt 3 „AA“ Batterien
(nicht im Lieferumfang enthalten)

Produktpreis: Fr. 199.80
oder 3 Raten à Fr. 66.60
(+ Fr. 11.90 Versand und Service)

365-Tage-Rücknahme-Garantie

EXKLUSIV-BESTELLSCHEIN
Einsendeschluss: 19. März 2018

58958

Ja, ich bestelle die Tisch-Uhr
"Die eisernen Helden am Gotthard"

Bitte gewünschte Zahlungsart ankreuzen
Ich wünsche eine Gesamtrechnung Monatsraten

Vorname/Name *Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen*

Strasse/Nummer

PLZ/Ort

E-mail

Unterschrift

Telefon

THE
BRADFORD EXCHANGE

Bitte einsenden an: The Bradford Exchange, Ltd.
Jöchlerweg 2 • 6340 Baar

- Von Hand bemalt
- Aus feinstem Skulpturenguss
- Limitierung: 1882 Exemplare
- Mit Echtheitszertifikat
- Hochwertiges Quarz-Uhrwerk
- Exklusiv bei Bradford Exchange

Aufwendig gefertigt und weltweit limitiert

Vor 136 Jahren, am 1. Juni 1882, fuhr die erste Eisenbahn durch den Gotthard. Generationen von Lokomotiven sind seit dieser historischen Leistung den Gotthard „hochgeklettert“ und haben unzählige Fahrgäste vom Norden in den sonnigen Süden transportiert. Vier der faszinierendsten Lokomotiven, die Gotthard-Geschichte schrieben, sind nun in dieser einzigartigen Tisch-Uhr vereint. Von der C5/6 Elefant, über die Ae 6/6 und Re 4/4II bis zur Ce6/8 Krokodil, können Sie „Die eisernen Helden am Gotthard“ detailreich skulpturiert noch einmal in Ihrem Zuhause geniessen.

Die Tisch-Uhr wird von Kunsthandwerkern aus feinstem Skulpturenguss gefertigt und danach aufwendig von Hand bemalt. Ein Quarz-Uhrwerk zeigt Ihnen präzise die Zeit an, und während die Ce6/8 Krokodil aus dem Tunnel fährt, erklingt das Geräusch einer Lokomotive. Die detailreiche Szenerie und die Originalität machen diese Tisch-Uhr zu einem ganz speziellen Erlebnis, an dem Sie und Ihre Lieben immer wieder Freude haben werden.

 www.bradford.ch
fb.com/BradfordExchangeSchweiz

Für Online-Bestellung:
Referenz-Nr.: 58958

The Bradford Exchange, Ltd. • Jöchlerweg 2 • 6340 Baar
Tel. 041 768 58 58 • Fax 041 768 59 90 • e-mail: kundendienst@bradford.ch